fluter wird herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb).

fluter gibt es als Internet-Portal: www.fluter.de und vierteljährlich neu als gedrucktes Magazin.

fluter richtet sich an junge Leser. Ihnen und ihren politischen Interessen, ihren Fragen, Sichtweisen, ihren Stimmen und Argumenten bietet das Magazin ein Forum.

„Es ist wichtig, dass wir in einer Demokratie Politik mitbestimmen können. Ich weiß, wovon ich rede. Ich habe meine ersten dreißig Jahre in der DDR gelebt, wo das nicht möglich war. Wie unser Leben in zehn, zwanzig oder dreißig Jahren aussieht, ist keine Frage des Schicksals. Es hängt davon ab, wie wir Politik und Gesellschaft gestalten - also von uns selbst. Teilhabe ist das A und O der Demokratie. Das Wahlrecht ist eine Möglichkeit sich einzumischen." Thomas Krüger
Präsident der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb)

fluter verdankt seinen Titel der Beleuchtungstechnik. Ein Fluter schafft eine gleichmäßige Lichtverteilung und sorgt dafür, dass es großflächig hell wird.

fluter beleuchtet die Hintergründe zu wichtigen Themen dieser Zeit, liefert Argumente, Meinungen und Provokationen - und präsentiert Menschen, die etwas zu sagen haben. Nur eines gibt es bei fluter nicht: Patentrezepte.

fluter wird von Journalisten gemacht, die komplizierte Themen anschaulich übersetzen.

fluter entsteht in Kooperation mit den Jugendseiten und -beilagen von Tageszeitungen.

fluter kann kostenlos mit der nebenstehenden Postkarte abonniert werden. Das Abonnement gilt für vier Ausgaben. Wer das Magazin anschließend weiter beziehen will, muss sein Abonnement erneuern.

☐ Ich möchte Ihr Heft weiterempfehlen. Schicken Sie bitte ein **kostenloses Probeheft** an die folgende Adresse:

Vorname / Name

Straße / Hausnummer

PLZ

Ort

Ja, ich will die nächsten **4 Ausgaben der Zeitschrift „fluter" kostenlos** an meine Adresse (s. Rückseite) **frei Haus** zugestellt bekommen.

Geburtsdatum:

Ich bin: ☐ Schüler/in ☐ Student/in ☐ Azubi ☐

Datum, Unterschrift:

fluter
bpb: Bundeszentrale für politische Bildung
Nr. 3 Juni 2002
G1203



WAHL ZEIT

KONTAKT SPERRE
Wieso Politik als ätzend und langweilig gilt

NAH KAMPF
Wie der Partei-Nachwuchs Wahlwerbung macht

STIMM BRUCH
Warum die einen wählen wollen und die anderen nicht



KONTAKT SPERRE

Junge Leute sind auf Distanz zum Politikbetrieb. Politisch aktiv sind viele von ihnen trotzdem – auch wenn sie ihr Engagement anders nennen und begreifen. Eine Bestandsaufnahme

HINTERGRUND **Seiten 14 - 19**



NAH KAMPF

Plakate kleben, Gespräche mit Gleichaltrigen, Image aufpolieren. Die Nachwuchsorganisationen der Parteien kämpfen an vielen Wahlkampf-Fronten. Momentaufnahmen

REPORTAGE **Seiten 22 - 29**



LUST FRUST

Mit viel Elan und Tatendrang startete das Jugendparlament in Halberstadt vor drei Jahren. Inzwischen gibt es Ernüchterung, aber auch Hoffnungen für die Zukunft. Beobachtungen

PROJEKTE **Seiten 38 - 41**

HINTERGRUND

KONTAKT SPERRE
Wieso Politik als „ätzend und langweilig“ gilt **14**

SCHAU BÜHNE
Wie Medien und Politik zusammenwirken **46**

> Hans Jürgen Beerfeltz:
„... sich gegen Coca Cola behaupten“ **49**

REPORTAGE

NAH KAMPF
Wie der Partei-Nachwuchs Wahlwerbung macht **22**

ARGUMENTE

ÄLTESTEN RAT Norbert Blüm, Helmut Schmidt **50**

PRÜF STEINE Worum es bei der Bundestagswahl geht **52**

Zum Titelbild: „Die Jugendlichen entfernen sich nicht etwa bewusst vom politischen System, sie lassen es mehr und mehr links liegen“ sagt Jugendforscher Arthur Fischer. Das Foto zeigt eine Besuchergruppe im Reichstag in Berlin

MENSCHEN

STIMM BRUCH
Warum die einen wählen wollen und die anderen nicht **4**

FLAGGE ZEIGEN Wofür sich junge Promis einsetzen **10**

Svenja Heinecke: **„Der ideale Politiker überschätzt sich nicht und ist ehrlich“** **20**

Carsten Guhr: **„Nur weil ich Bürgermeister bin, muss ich mich doch nicht wie ein Sechzigjähriger verhalten“** **35**

Andreas Steyer: **„Wir möchten mit unserer Jugendpartei zur Bundestagswahl antreten“** **36**

Claudia Pertzsch: **„Manchmal denke ich, ich habe es dreifach schwer: jung, weiblich, blond“** **37**

ÜBER SETZEN
> Wie junge Aussiedler deutsche Politik kennenlernen **44**
> Wo jungendliche Ausländer wählen **45**

PROVOKATIONEN

Alex, Franz Müntefering, Herbert Riehl-Heyse, Helmut Schmidt, Jürgen Todenhöfer, Antje Vollmer **30, 56**

PROJEKTE

NETZ K@NZLER Wer das Internet regiert **32**

LUST FRUST Wieso das Jugendparlament in Halberstadt trotzdem weitermacht **38**

TREFF PUNKT Wie sich Jugendräte mit Ratschlägen durchsetzen **42**

Lesermeinung/ Impressum **58/ 59**

www.fluter.de im Juni

unter anderem mit folgenden Themen:

Parteien online Wie sieht der Wahlkampf im Netz aus?

Wahlbeobachter in Weißrussland Wo muss ich hier den Präsidenten wählen?

Medien in Italien Eine Florenzer Zeitschrift sorgt sich um die Chancengleichheit bei den Wahlen

Wähler-Wünsche Ein Wahlforscher und die immer gleiche Frage: Was will der Wähler?

... außerdem Buch- und Filmtipps zum Thema „Wahlen“

Liebe Leserin, lieber Leser,

Es ist Wahl-Zeit, eine wichtige Zeit der Demokratie. Das Wahlvolk kann die, die es im Parlament vertreten sollen, neu bestimmen. Das Wahlvolk kann sein Vertrauen neu verteilen, die Weichen anders stellen. Die Parteien buhlen um seine Gunst. Sie rücken die eigenen Positionen, Personen und Programme ins rechte Licht und den politischen Gegner in ein möglichst schlechtes.

Es ist Wahlkampf. Beschimpfungen, Entgleisungen, Fouls, vielleicht sogar „Schlammschlachten“, werden dazugehören. Der Politikbetrieb zu Wahlkampfzeiten erfährt harsche Verurteilungen. Immer schon und immer wieder. Trotzdem sagt Peter Radunski, ein erfahrener Wahlkampfmanager: „Wahlkämpfe waren noch nie so fair wie heute.“

Das Vorurteil ist stabil: Politik ist ein schmutziges Geschäft, Politik verdirbt den Charakter. In einer Image-Rangliste der Berufe landen Politiker ganz weit unten, eingerahmt von Autoverkäufern und Immobilienmaklern. Dieses Schicksal teilen sie übrigens mit ihren europäischen Kollegen. Verwunderlich: Europa hat die längste Friedensepoche seiner Geschichte hinter sich, die Bürger genießen Freiheiten und viele Rechte, der Wohlstand ist im Vergleich zu anderen Teilen dieser Erde gewaltig. Die Demokratie ist eine Erfolgsgeschichte, es gibt nichts Besseres.

61,2 Millionen Deutsche haben am 22. September 2002 das Recht zu wählen, davon 2,5 Millionen zum ersten Mal. Die Experten bescheinigen gerade den Jüngeren ein heftiges Desinteresse. Politik findet für sie auf unerreichbaren und undurchschaubaren Ebenen statt. Politik steht in ihren Augen unter dem Generalverdacht, dass sie die jugendlichen Perspektiven nicht richtig bedenkt. Viele Jugendliche verabschieden sich offensichtlich von der Einsicht, dass nur der eine Chance in der Demokratie hat, der sich für seine Interessen tatkräftig selbst einsetzt. Wer alle Verantwortung auf den mühsamen und komplizierten politischen Betrieb abwälzt, der tut sich nichts Gutes. Oder um es mit Luisa aus Rostock (siehe Seite 4) zu sagen: „Ich möchte nicht zu den Jugendlichen gehören, die nicht wählen gehen und sich hinterher aufregen.“

Dieter Golombek

STIMMBRUCH

Warum die einen wählen wollen ...und die anderen nicht

„Ich möchte nicht zu den Jugendlichen gehören, die nicht wählen gehen und sich hinterher darüber aufregen, dass alles Scheiße ist in Deutschland“, meint Luisa. Fabian erwidert: „Ich muss mich doch nicht mit Sachen auseinandersetzen, die mich nicht bewegen und auf mich keinen Einfluss haben.“

Zwei Stimmen aus einer Diskussionsrunde von Jugendlichen, die alle im September das erste Mal zur Wahl gehen könnten und von sich sagen: „Politik interessiert mich nicht“. Eines unterscheidet sie: Die eine Hälfte will im September wählen gehen, die andere Hälfte nicht. Sie stehen stellvertretend für viele Altersgenossen – ausgewählt von einem Rostocker Forschungsinstitut. Alexandra von Streit, Soziologin und Mit-Autorin der Shell-Jugendstudie, hat die Diskussion moderiert und aufgezeichnet.

Alex: **„... und jeder erzählt Dir, was Du hören willst.“**

Sind Wahlkampfaussagen nur heiße Luft? Fabian, Luisa, Alex und Anne-Katrin stellen sich ein Gespräch mit führenden Politikern vor – auf Augenhöhe.

Fabian: Ich geh´ nicht wählen, und ich kann euch genau sagen warum. Weil ich nämlich so meine Vision habe: Würde ich jetzt mit Stoiber und Schröder und allen anderen Parteivorsitzenden eine Viertelstunde in diesem Raum sitzen, und zwar allein, und ich würde zu jedem von denen sagen: Erklären Sie mir bitte, was Sie persönlich für mich tun, wenn ich Sie wähle! Da erzählt mir doch jeder von denen dasselbe! Jeder!

Luisa: Die kriegen sich so in die Haare, dass sie sich kloppen.

Fabian: Nein, denn du gehst mit jedem alleine in den Raum.

Alex: Und jeder erzählt dir, was du hören willst.

Fabian: Natürlich! Das ist es doch! Jeder sagt mir, wenn ich meinetwegen sage, ich will studieren, dann sagt der: Jaaa, wir werden die Bafög-Sätze erhöhen von den Studenten, die aus den unteren Schichten kommen, damit die ein bisschen mehr kriegen, und mehr Kindergeld, und wir fördern das Wohngeld, wir machen die Behördengänge einfacher, und alles wird gut. Das würde mir doch jeder sagen.

Anne-Katrin: Und wenn du mit Anzug reingehen würdest...

Fabian: ... dann wird er mir etwas vollkommen anderes erzählen. Ich komme da rein mit Anzug und sage, ich studiere Jura und mein Vater ist dies oder das, dann erzählt dieser Typ mir irgendwas vollkommen anderes. Dann wird er mir sagen: Jaaa, mit dem Standort hier, das wird schon alles, und in die Wirtschaft pumpen wir alles rein, und wir machen alles gut! Er wird mir sagen: Morgen scheint die Sonne, der Regen ist vorbei und alles blüht, ohne Regen!



Fabian, 19 Jahre, hat vor kurzem Abitur gemacht und will ins Ausland gehen. Es stört ihn, dass Deutschland „so gespalten ist, in Ost-West, in Jung-Alt, in Arm-Reich“. Sein Berufswunsch: Collegetrainer in den USA.



Die meisten Jugendlichen gehen wählen – aber es werden weniger: Auf die Frage nach ihrer Wahlbeteiligung antworteten vor drei Jahren nur noch 64 Prozent der jungen Leute mit Ja – 1996 zuvor waren es noch 76 Prozent – so das Ergebnis der Shell-Jugendstudien 1997 und 2000

STIMMBRUCH

Luisa: **„... unsere Themen greift doch keiner auf“**

Sie empfinden die Parteien als verkalkt – sowohl deren Repräsentanten als auch die Programme. Alex, Luisa, Anne-Katrin, Fabian, Christian, Nadine und Wolfram auf der Suche nach Ursachen und Auswegen.

Alex: Mir kommt es so vor, dass die ganzen Parteien in Deutschland vollkommen überaltert sind.

Luisa: Man merkt richtig, wie man als Jugendlicher aus der Zielgruppe rausfällt.

Anne-Katrin: Weil die nicht mit unseren Worten reden.

Luisa: Ist schon klar, dass die von der Rhetorik her besser formulierte Sätze haben als wir. Aber trotzdem will ich irgendwie merken, dass auch ich gemeint bin, nicht nur meine Oma, mein Opa, meine Mutter, mein Vater. Und das merkt man halt nicht bei den Politikern. Man merkt nur, dass die auf die Stimmen aus sind von den Menschen, die sie für wichtig halten. Und das sind wir nicht. Unsere Themen greift doch keiner auf.

Fabian: Die Probleme der jungen Leute heute sind ganz andere als damals. Die jungen Leute heute sind doch viel selbstständiger als vor 30 Jahren. Die ziehen früher aus von zu Hause und erlangen früher komplett Selbstständigkeit. Diese ganzen Probleme sind für die Politiker auch neu!



Luisa, 18 Jahre, macht gerade ihr Abitur und möchte gern Jura studieren. Sie erlebt Deutschland als „Ellbogengesellschaft“, ihre Kritik gilt dem Bildungsnotstand und der „krassen sozialen Ungerechtigkeit“.

Christian: Ich kann die Parteien ja irgendwie verstehen, denn logisch, die wollen gewählt werden. Das heißt, als Parteivorsitzender überlege ich mir, welche Leute oder welche Altersklassen gehen am ehesten wählen? Das ist wahrscheinlich so die Altersgruppe 35 bis alt. Logischerweise versuche ich dann, die Masse anzusprechen. Irgendwo ist es dann klar, dass die Politiker sich sagen: Da eh nicht so viele junge Leute wählen gehen, versuche ich bei denen auch nicht großartig, Wähler zu gewinnen.

Nadine: Aber in zehn oder 20 Jahren sind wir halt die 35-Jährigen.

Anne-Katrin: Ja, aber immer noch nicht politisch interessiert!

Nadine: Ist doch auch egal, denn im Moment fühle ich mich als Jugendliche einfach nicht angesprochen. Ich will sowieso bald ins Ausland gehen, und dort werde ich dann ein ganz anderes System haben.

Luisa: Aber dort wählt man doch auch.

Nadine: Ja, aber dort ist es anders. Ich gehe doch weg, weil ich in dieser Gesellschaft nicht leben will.



Andrea, 18 Jahre, macht gerade ihr Abitur. Später will sie studieren. Andrea freut sich über ihre Volljährigkeit: „Ich bin unabhängiger von meinen Eltern, man kommt überall rein ohne Ausweis, und ich darf Auto fahren“.

Luisa: Aber die anderen Gesellschaften sind auch nicht so rosig, wie sie im Fernsehen dargestellt werden.

Wolfram: Sie haben eben ihre eigenen Interessen, die sie verfolgen. Ich habe auch meine eigenen Interessen, und deshalb gehe ich nicht wählen. Ich will mir jetzt erst mal mein Hobby aufbauen, das ist mein Auto, und ich will meine Wohnung haben, da hab ich meinen Fernseher drin und meine schönen Sachen, und damit ist die Sache für mich geritzt. Mir nimmt ja keiner das Fernsehen weg oder das Auto, wenn ich nicht wählen gehe.

Luisa: Und was ist, wenn die Kfz-Steuer erhöht wird?

Wolfram: Die Steuer wird nicht so weit erhöht werden, dass ich sie mir nicht mehr leisten kann.

Christian: Aber das Benzin wird immer teurer!

Wolfram: Na, das liegt dann bestimmt nicht am Bundestag. Das liegt an Kuwait.

Wolfram: **„... zuallererst kommen meine eigenen Interessen“**

Wie mache ich mich schlau, wenn ich zum ersten Mal wählen gehe? Muss man durchblicken, um wählen zu gehen? Luisa, Doreen, Anne-Katrin, Fabian und Wolfram sind sich uneinig.

Luisa: Das Problem ist, man kann sich als Jugendlicher nicht wirklich schlau machen, um was es den Parteien eigentlich geht. Außer halt in der Schule – da kriegt man was gesagt, wenn man Fragen stellt.

Doreen: Sich schlau machen – wie soll man das denn machen? Diese ganze Wahlwerbung, diese Aussagen von Politikern – es ist alles so irreal! Es ist mir alles zu groß, zu bunt und zu toll. All das prasselt auf mich ein, und wieder eine Schlammschlacht hier und eine Schmiergeldaffäre da.



Alex, 18 Jahre, macht gerade sein Abitur und möchte Volkswirtschaft studieren. Er wünscht sich einen Politikertyp, „der weiß, dass Politik etwas mit Arbeit zu tun hat, so wie jeder normale Job auch.“

Anne-Katrin: Aber man kann nicht einer Sache den Rücken drehen und sich später drüber aufregen, dass sich nichts an dieser Sache ändert. Auch wenn man nicht fit ist, was die aktuellste Politik angeht oder wie das alles funktioniert – man sollte trotzdem die Partei wählen, von der man denkt, die kommt mir am nächsten, die ist mir am sympathischsten. Hauptsache wählen. Jeder, der nicht wählen geht, gibt diesen Extremparteien eine Stimme.

Fabian: Ihr redet immerzu von ‚schlau machen‘. Wieso muss ich mich schlau machen, um wählen zu können? Wann bin ich überhaupt schlau genug? Muss ich dazu ein bestimmtes Alter erreicht haben? Muss ich bestimmte Programmhefte oder Parteihefte gelesen haben?

Luisa: Auch wenn Politik eigentlich nur gähnend langweilig ist, möchte ich trotzdem versuchen, mich schlau zu machen. Denn die müssen ja irgendwelche Programme haben, oder? Ich hab´ jetzt auch keine Ahnung von den Wahlprogrammen und geh´ trotzdem wählen.

Wolfram: Aber das ist doch viel gefährlicher! Du hast keine Ahnung von Politik und gehst trotzdem wählen?

Luisa: Ich will wählen gehen, weil ich mich diesem Politverdruss vieler Jugendlicher nicht anschließen möchte. Ich möchte nicht zu den Leuten gehören, die nicht wählen gehen und sich hinterher drüber aufregen, dass alles Scheiße ist in Deutschland.

Wolfram: Aber den Durchblick hast du nicht, und trotzdem gehst du wählen. Ich hab´ den Durchblick auch nicht, und genau deshalb gehe ich nicht wählen. Das ist einfach mein Entschluss: Bevor ich nicht durchblicke, gehe ich nicht zur Wahl.



Wolfram, 19 Jahre, macht eine Lehre als Kfz-Mechaniker. Sein großes Hobby sind Autos. „Für mich zählen meine persönlichen Interessen, Politik ist nicht so mein Ding.“

Luisa: Ab wann glaubst du dann genügend durchzublicken?

Wolfram: Den Durchblick habe ich vielleicht später, wenn ich mehr Zeit dafür habe, wenn ich älter bin und mich dieser politische Kleinkram mehr interessiert, wenn ich meine eigenen Interessen eher zurückstellen kann als heute, wenn ich vielleicht alles geschafft habe, was ich erreichen wollte. Dann kann ich mich da reindenken, in die ganze Politik. Vielleicht. Vielleicht auch nicht.

Luisa: Willst du damit sagen, dass dir deine eigenen Interessen wichtiger sind als alles andere?

Wolfram: Natürlich. Sei mal ehrlich, es ist doch bei mir wie bei jedem anderen: Zuallererst kommen meine eigenen Interessen.

STIMM BRUCH

Andrea: **„... eigentlich ist es logisch, wählen zu gehen“**

Wählen oder nicht wählen? Gibt es „richtige“ oder „falsche“ Parteien? Ein Schlagabtausch unter den Erst(nicht)wählern Andrea, Luisa, Alex, Christian, Fabian, Anne-Katrin, Wolfram und Doreen.

Luisa: Ich finde es ist meine Pflicht, wählen zu gehen. Andere Menschen auf der Welt haben dieses Recht gar nicht. Dann kann ich doch dieses Recht nicht einfach so wegschmeißen, wenn Menschen in anderen Ländern sich darum schlagen, wählen zu dürfen.

Alex: Jede Stimme, die nicht abgegeben wird, ist eine Stimme für eine extreme Partei.

Christian: Die Wahl könnte für mich ein Weg sein für meine Ziele und Wünsche. Eine Partei zu wählen, die meine Vorstellungen in gewisser Weise bestmöglich vertreten kann.

Fabian: Hm, das klingt schlau. Überzeugt mich aber nicht.

Luisa: Mir geht es beim Wählen darum, dass auf keinen Fall eine falsche Partei an die Macht kommen darf. Das möchte ich verhindern.



Anne-Katrin, 18 Jahre, macht gerade ihr Abitur. Danach möchte sie studieren, entweder Sport oder Psychologie. Sie findet es normal, dass Jugendliche wenig interessiert sind an Politik, „uns fehlt dieses Weitsichtige“.

Wolfram: Es gibt doch keine richtigen und falschen Parteien!

Luisa: Gibt es wohl! Wenn ich mal gucke, was in der Vergangenheit durch politische Fehlentscheidungen passiert ist, wenn ich nur ans Dritte Reich denke, dann wird mir schon klar, wen ich garantiert nicht wähle. Nämlich die rechte Partei, NPD und so. Die verspricht uns ja, weil jetzt im Osten alles so schlecht läuft, das Geld vom Himmel.

Doreen: Von dem Argument würde ich mich noch am ehesten überzeugen lassen, obwohl ich eigentlich mit den Bundestagswahlen nichts am Hut habe.

Wolfram: Na ja, vielleicht gibt es doch falsche Parteien. Aber wenn jetzt alle die falsche Partei wählen, dann regeln das sowieso die anderen Parteien untereinander durch eine Koalition. Jedenfalls, das Thema interessiert mich nicht, und es schlägt mir keiner den Kopf ab, wenn ich nicht wähle. Es ändert sich einfach nichts für mich durch die Wahlen.

Andrea: Eigentlich ist es logisch, dass man wählen gehen sollte, wenn man das Recht dazu hat. Aber bei mir ist einfach mein Desinteresse größer! Denn es wird sich nix ändern, egal ob ich wählen gehe oder nicht.



Doreen, 19 Jahre, studiert Sportwissenschaften mit dem Berufsziel Gesundheitssport und Rehabilitation. Mit Politik kann sie „nicht so viel anfangen“, den Wahlkampf findet sie abstoßend, „das ist mir alles zu groß, zu bunt, zu irreal und zu viel Schlammschlacht“.

Anne-Katrin: Genau das ist es: Es ändert sich morgen nichts dadurch, dass ich heute nicht wählen gehe – das ist der Grund, warum die jungen Leute nicht so einen Bezug zur Politik haben oder nie hatten. Denn auf lange Sicht macht es schon einen Unterschied, ob eine Partei an der Macht ist, die viel für Sozialpolitik macht, wenn ich irgendwann mal eine Familie gründen will. Im Vergleich zu einer Partei, die alles in die Wirtschaft buttert oder in die Rüstung.

Alex: Ist doch egal, wohin die das buttern, weil nach vier Jahren die nächste Partei kommt und alles wieder ändert.

Fabian: Eure Argumente überzeugen mich überhaupt nicht! Ihr habt alle möglichen Gründe, warum ihr wählen geht, und kein einziger davon hat mich überzeugt. Ich kann doch wählen, wen ich will – es versprechen alle dasselbe. Also ist meine Stimme doch komplett egal! Egal, in welche Partei ich sie reinstecke.

Wolfram: Toll wäre es, wenn mir die Partei 500 Euro rübergeben würde, dafür, dass ich sie wähle. Das wäre eine schöne Sache! Das wäre für mich persönlich ein Anreiz. Denn so ist nun mal mein Leben, als Auszubildender brauche ich Geld. Für Geld würde ich wählen gehen!

Christian: **„... mal einen sehen, der etwas Krasses macht“**

Politik erscheint ihnen wie ein Buch mit sieben Siegeln. Wie eine Wissenschaft. Irgendwie abgehoben und weit weg vom eigenen Leben. Es könnte auch anders sein, finden Anne-Katrin, Christian und Wolfram.

Anne-Katrin: Ich finde, Politik ist eine richtige Wissenschaft geworden. Echt eine Wissenschaft! Fürchterlich! Ich finde, das ist echt kompliziert. Immer mehr Faktoren spielen rein, auch Wirtschaft – na gut, das war, glaube ich, schon immer so. Aber trotzdem. Es ist mir alles irgendwie zu fern.



Christian, 19 Jahre, macht gerade Zivildienst. Später möchte er studieren, entweder Medizin oder Sportwissenschaften. Bei den Bundestagswahlen will er seine Stimme der Partei geben, „die die beste Show macht, weil in unserer Gesellschaft eh nur geschauspielert wird“.

Wolfram: Ja! Dieser Bundestag, das sieht man immer so schön im Fernsehen – der ist einfach zu weit weg! Man könnte dieses Bundestagshaus auch in Uruguay bauen, stellt eine Kamera rein, überträgt es auf ARD, dann wäre es genau das Gleiche. Es ist immer so weit weg! Es spricht mich als jungen Menschen nicht an.

Christian: Ich würde mich freuen, mal einen Politiker zu sehen, der Fußball spielt oder irgendwas Krasses macht. Damit könnte ich mich identifizieren! Für mich wäre interessant, diese Politiker nicht immer nur in ihrem Parlamentssaal zu sehen, wie die da reden und quatschen wie in einem Hörsaal, sondern dass ich sehen kann,...

Anne-Katrin: ... dass die an die Basis gehen!

Christian: Richtig. Ich möchte gern sehen, dass die sich mit Sachen beschäftigen, die ich auch mache. □



Nadine, 19 Jahre, studiert Erziehungswissenschaften. Sie plant ein Auslandssemester, „und wenn's geht, möchte ich dort auch bleiben“. Sie stört es, wie Politik in den Medien inszeniert wird und wenn Politiker in Klatschspalten auftauchen „wie Jenny Elvers und Boris Becker“.

info

Internet-Links zu Wahlkampf und Politik

Was gibt es Neues im Wahlkampf?
Die Online-Plattform **http://de.fc.yahoo.com /w/wahlkampf.html** enthält aktuelle Nachrichten und Umfragen zur Bundestagswahl 2002, außerdem einen ausführlichen Blick auf die Programme der Parteien und eine ordentliche Linkliste.

Wie funktionieren Wahlen?
www.wahlrecht.de bietet einen umfassenden Einstieg in die Themen Bundestagswahl, Landtagswahl, Kommunalwahl, Wahlen in aller Welt: Auf dieser Site werden die verschiedenen Wahlsysteme erklärt, außerdem sind die Wahlergebnisse der letzten Jahre archiviert.

Wie präsentieren sich die Parteien im Internet?
Wer das selbst prüfen will, findet unter **www.parteien.de** eine ausführliche Linkliste. Unter **www.politik-digital.de/wahlkampf** haben Online-Experten die Netz-Präsenz der Parteien genau unter die Lupe genommen.

Was sagen die Wahlforscher?
Die wichtigsten und aktuellsten Umfrageergebnisse gibt es unter **www.zdf.de/politbarometer/** und unter **www.infratest-dimap.de/** (ARD-Sonntagsfrage). Weitere interessante Forschungsergebnisse finden sich unter **www.infas.de**

Wo können Jugendliche Ihre Meinung sagen?
„Flirten, Lästern, Tratschen. Und niemand hört mit“ heißt das Motto von **www.mitmischen.de** , dem Jugendforum des Deutschen Bundestags. In den Foren sind die Jugendlichen unter sich, im Chat können Fragen an Abgeordnete des Bundestags gestellt werden.

Was macht ein Wahlkampfberater?
www.politprofi.de beschreibt das Berufsbild der Frauen und Männer, die im Hintergrund die Fäden ziehen.

Weitere Tipps auf Seite 18

FLAGGE ZEIGEN

Mit und ohne Politik – wofür sich junge Promis einsetzen

Jugendliche mischen mit: Über 12 Millionen Menschen in Deutschland sind ehrenamtlich tätig – vom Technischen Hilfswerk bis zu amnesty international. Auch Stars engagieren sich: Christoph Mulitze hat Informationen gesammelt, wofür sie es tun.

„Ich suche mir jedes Jahr ein anderes Projekt aus, das ich unterstütze. 2001 war das die Aktion ‚Gesicht zeigen' gegen Fremdenfeindlichkeit, in diesem Jahr engagiere ich mich gemeinsam mit ‚Landminen e.V.' für das weltweite Verbot aller Landminen. Warum gerade ‚Landminen e.V.'? Oft werde ich gefragt, ob ich nicht eine Patenschaft in der Dritten Welt übernehmen möchte. Doch was würde meine bloße materielle Hilfe diesem Kind nützen, wenn es beim Wasserholen auf eine Landmine tritt? Man muss das Problem an der Wurzel packen."



Cosma Shiva Hagen
20, Schauspielerin

Die Tochter der Sängerin Nina Hagen hat auch ohne Schauspielausbildung den Durchbruch geschafft, ihr Fernseh-Debüt feierte sie 1996 in dem Film „Crash Kids"

„ Wir finden es schlimm, dass Tiere gezüchtet werden, nur um Pelze herzustellen und der Mode zu dienen. Deshalb waren wir froh, dass wir gemeinsam mit der Tierschutzorganisation PETA ein Zeichen gegen Tiermissbrauch setzen konnten. Insgesamt halten wir Zivilcourage in der Gesellschaft für wichtig. Das heißt, sich einzusetzen, auch wenn du dabei verlieren kannst. Es geht nicht darum, wie du am Ende dastehst, was die anderen von dir denken, sondern für das einzutreten, was du für richtig hältst, und nicht immer mit dem Strom zu schwimmen. Wo wären wir denn ohne Leute wie Martin Luther King, Gandhi oder all die vielen Menschen, die nicht wegsehen, wenn andere auf der Straße belästigt oder geschlagen werden?"



Jessica Wahls 25, Sängerin

Als Mitglied der Band No Angels wurde die gelernte Reiseverkehrskauffrau (Zweite von rechts) in ganz Deutschland bekannt, privat schwärmt sie für Jazzdance

„Ich hatte eine behütete Kindheit, habe einige Talente mitbekommen und bisher sehr viel Glück gehabt in meinem Leben. Als sehr gläubiger Mensch finde ich, dass ich davon etwas abgeben muss an diejenigen, die dieses Glück nicht haben. Deshalb unterstütze ich unter anderem die Aktion ‚Bosco Sevana', die auf die schreckliche Kinderprostitution in Sri Lanka aufmerksam macht und diese bekämpft. Ich habe die Möglichkeit, dieses Anliegen über die Medien ins Bewusstsein zu tragen, denn viele Sextouristen kommen aus Deutschland. Das ist mein kleiner Beitrag. Die weitaus größere Arbeit aber verrichten andere, etwa die Helfer vor Ort."

Christoph Metzelder
21, Fußball-Nationalspieler

Der Manndecker wurde mit Borussia Dortmund Deutscher Meister und ist in Asien bei der Fußball-WM im Einsatz





Beim Lokalsender Radio Siegen lernte sie ihr Handwerk, heute moderiert sie täglich bei Pro 7 das Magazin „taff"

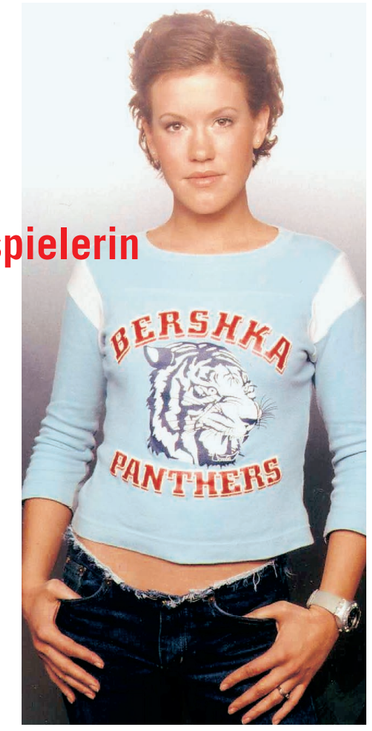
Miriam Pielhau 27, Moderatorin

„Ich unterstütze seit geraumer Zeit die Kindernothilfe. Ein aktuelles Projekt ist eine CD-Rom, die Kindern auf spielerische Art die Bedeutung von Wasser und das Elend derer, die davon zuwenig haben, vermitteln soll. Mein anderes Engagement gilt Pro Asyl. Weil es nicht angehen kann, dass immer noch Asyl suchende Menschen in unserem Land zu Unrecht abgewiesen werden und mit der Abschiebung in ihre Heimat jede Sekunde um ihr Leben fürchten müssen. Niemand sollte vergessen: Morgen könnten wir auf der Flucht sein."

„ Ich habe noch nie meinen Mund gehalten, wenn mir etwas nicht gepasst hat. Das war schon zur Schulzeit so. Wir waren eine alternative, sehr politische Klasse. Regelmäßige Demos standen bei uns fast auf dem Stundenplan. Auch Ausländer waren für uns nie ein Problem. Schon das Wort ‚Ausländer' kannten wir überhaupt nicht. Mein Freund ist ‚coloured', meine beste Freundin stammt aus Russland – na und?! Gegen Fremdenfeindlichkeit würde ich immer kämpfen. Ich habe jetzt Kontakt zu UNICEF aufgenommen, um dort aktiv zu werden. Wie, ist mir egal. Es geht darum, was UNICEF am meisten hilft. Auch sonst engagiere ich mich hier und da. Aber es ist problematisch, das in die Öffentlichkeit zu tragen. Ich stelle mich nicht nach jeder Spende hin und sage ‚Seht her, ich bin die tolle Wolke.'"

Wolke Hegenbarth 21, Schauspielerin

Sie steht im Mittelpunkt der RTL-Sitcom „Mein Leben und ich", im Kino war sie 1998 in dem Film „Freundinnen und andere Monster" zu sehen





Franklin 26, Moderator

Franklin (Bildmitte) ist täglich bei Sat.1 mit einer eigenen Talkshow zu sehen. 1994 wurde der Mann, der eigentlich Frank Schmidt heißt, Weltmeister der Zauberkunst

„ Seit 1997 reise ich mit einer Künstlertruppe – Clowns, Bauchredner, Puppenspieler – einmal im Jahr für rund drei Wochen durch Deutschland. Wir besuchen Kinderkrebskliniken und spielen dort für die kleinen, schwer erkrankten Patienten. ‚Helping Hands on Tour' heißt die Aktion, die zu ‚Hand in Hand for Children' gehört. Mit uns können die Kinder für ein paar Stunden ihr Leid vergessen und mal richtig lachen. Immer wieder berichten Ärzte, dass sich nach unserem Besuch Motivation und Blutwerte einzelner Kinder verbessert hätten. Die Tour ist immer sehr anstrengend. Aber wenn wir nur einem Kind bei der Heilung ein bisschen helfen können, hat sich der Aufwand gelohnt."

„Überrascht bin ich immer wieder, wenn ich von Menschenrechtsverletzungen in Ländern lese, von denen ich das nicht vermutet habe. In der Türkei zum Beispiel, einem Land, das ich aus dem Urlaub kenne. Ich bin ja auch oft in den USA, und da ist die Todesstrafe an der Tagesordnung. Kurz gesagt, jede Menschenrechtsverletzung ruft nach Engagement. Seit ich mich für amnesty international entschieden habe, fühle ich mich verantwortlich. Vielleicht werden einige vermuten, dass ich mich damit profilieren möchte, aber mir geht es darum, etwas zu tun. Ich versuche, genauso engagiert zu sein wie alle anderen Mitglieder und Unterstützer."

Franka Potente 27, Schauspielerin

Ihr Erfolg mit dem Film „Lola rennt" brachte sie nach Hollywood, kürzlich stand sie mit „Hobbit"-Darsteller Elijah Wood für den Film „Try Seventeen" vor der Kamera





Mola Adebisi 29, Moderator

Als Viva-Video-Jockey der ersten Stunde ist er bereits seit 1993 auf der Mattscheibe zu sehen – und konnte sich nebenher auch mit einer eigenen Unterwäsche-Kollektion in Szene setzen

„Ich habe mich schon zu Schulzeiten in vielen Bereichen engagiert. Heute wie damals gilt: Mir ist völlig egal, was andere denken. Ich muss mein Engagement nur vor mir selbst rechtfertigen. Aus PR- oder finanziellen Gründen setze ich mich jedenfalls nicht ein. Im vergangenen Jahr bin ich zum Beispiel auf eigene Rechnung in die USA geflogen, um die Tierrechtsorganisation PETA im Kampf gegen die Käfighaltung von Raubtieren zu unterstützen. Da stehe ich voll hinter. Ich gehe auch in keinen Zoo und in keinen Zirkus, der sich Raubtiere hält. Die anderen Aktionen, die ich unterstütze, sind vor allem humanitär. Dazu zählt etwa das Buddy-Projekt, das vor allem Schülern helfen will, sich verantwortlich zu fühlen für andere Kinder und Jugendliche, die Probleme haben und drohen, auf die schiefe Bahn zu geraten. Überall, wo Menschen zusammenleben, ist es wichtig, Buddys zu haben wie auch selbst ein Buddy zu sein." □

KONTAKT

SPERRE

Wieso Politik als ätzend und langweilig gilt

„Was interessiert mich der Bundestag?!“ – junge Leute sind auf Distanz zum Politikbetrieb. Politisch aktiv sind viele von ihnen trotzdem – auch wenn sie ihr Engagement anders nennen und begreifen. Eine Bestandsaufnahme von Volker Thomas.

Was unter „Ochsentour“ zu verstehen ist, wurde kürzlich bei Günter Jauchs Quiz „Wer wird Millionär?“ gefragt. Ratlosigkeit, Zweifel, Schulterzucken. Der junge Kandidat musste passen. Niemand hat offensichtlich mehr das Bild des Jungfunktionärs vor Augen, der sich in verqualmten Hinterzimmern von Dorfkneipen um die Parteibasis bemüht. Keiner denkt mehr an die Stände in den Fußgängerzonen, wo Flugzettel und Aufkleber verteilt werden. Und wer all die Plakate klebt, die vor der Wahl das Stadtbild beherrschen, ist den meisten Leuten egal. Diejenigen, die das tun, nehmen die nach den Ochsen benannte Tour auf sich: mühsam, beschwerlich, langsam aber stetig bergan, sich hochdienend in Partei und politischen Ämtern.

Der Politikbetrieb ist das Gegenteil von „action“

Wenn das „Politik“ ist, dann finden es die meisten Jugendlichen uncool, langweilig, ätzend. Die neueren Jugendstudien sind sich einig: Die junge Generation will nichts mehr von dem überlieferten Verständnis von Politik und politischer Beteiligung wissen: Bundestag, Landtag, Kommunalparlament, Reden, Abstimmungen, Fraktionssitzungen – das scheint man gerne und ohne Neid der älteren Generation zu überlassen.

Auch der elfte Kinder- und Jugendbericht, der Ende Januar 2002 dem Deutschen Bundestag vorgelegt wurde, macht da keine Ausnahme. Die Kommission unter Vorsitz von Ingo Richter (Deutsches Jugendinstitut, DJI) stellt fest, dass sich die Distanz „auf die offizielle Politik, auf das politische System bezieht, dass aber das konkrete politische Engagement in ehrenamtlichen Aktivitäten und in Gemeinwesenprojekten durchaus vorhanden ist.“

Das passt zu einer Umfrage der Bertelsmann-Stiftung vom Mai 2001 unter 2.500 Schülern im Alter von 13 bis 18 Jahren aus sechs Städten in Nordrhein-Westfalen: Jeder fünfte Jugendliche würde sich gern stärker für die Gesellschaft engagieren. Weitere 33 Prozent haben immerhin ein bedingtes Interesse, sich künftig für ehrenamtliche Aufgaben in Vereinen, Schülervertretungen oder Kirchen einzusetzen. Für 45 Prozent ist ehrenamtliches Engagement kein Thema.

Doch die meisten (60 Prozent) wissen nicht, an wen sie sich wenden können, wenn sie sich engagieren möchten. Die Stiftung: „Fehlende Information scheint eine der Ursachen zu sein, weshalb Jugendliche nicht aktiver sind.“ Auch über die Kommunalpolitik würde ein Teil der



„Nicht die Jugend ist politikverdrossen, sondern sie erlebt im Gegenteil die Politik als jugendverdrossen. Jugendliche sind durchaus engagementbereit – nur eben nicht zu den Bedingungen der Erwachseneninstitutionen.“ Das sind Kernaussagen der letzten Shell-Jugendstudien, der angesehendsten Situationsbeschreibung der 15- bis 24-Jährigen. Weitere Ergebnisse daraus gibt es in diesem Heft und unter www.shell-jugend2000.de. Das Foto zeigt eine Schülerin auf einer Protestkundgebung in Berlin

KONTAKT SPERRE

Jugendlichen gern mehr wissen. Fast 30 Prozent der Befragten äußern den Wunsch, mehr über lokale Politik zu erfahren, 23 Prozent sind zumindest teilweise an den politischen Themen vor Ort interessiert.

„Jugendliche sollten mehr als bisher in gesellschaftliche und politische Diskussionsprozesse eingebunden werden. Vereine, Verbände und Parteien müssten hierfür zeitgemäße und attraktive Formen entwickeln", fasst Sigrid Meinhold-Henschel, Projektleiterin bei der Bertelsmann-Stiftung, die Ergebnisse zusammen.

Müssten, sollten, hätten... Klaus Farin vom Archiv der Jugendkulturen in Berlin nennt sieben Bedingungen, die Jugendliche offenbar für „unabdingbar" halten, bevor sie sich gesellschaftlich engagieren:

1. Es darf keine Chefs geben, keine Altfunktionäre, die das Sagen haben.
2. Jugendliche wollen „Spaß haben", auch bei der Beschäftigung mit ernsten Angelegenheiten. „Sie sind nicht bereit, ihre Freizeit für Termine zu opfern, die sie als ‚Stress' empfinden."
3. Wenn sie sich schon engagieren, wollen sie Gelegenheit haben, auch Freundschaften zu schließen.
4. Sie sind nicht bereit, lange zu taktieren und über Kompromisse zu reden, sondern bevorzugen „eindeutige, punktgenaue, zeitlich begrenzte Lobby-Gruppen."
5. Action ist angesagt, keine lange Schulung oder Kaderausbildung.
6. Jugendliche halten nichts von großen Gesellschaftsentwürfen, sondern setzen sich für konkrete Dinge ein, z.B. Rücknahme einer Abschiebungsverfügung, Bestreikung einer Disco, bis die Sperre gegen Ausländer wieder aufgehoben wird.
7. Man muss jederzeit wieder aussteigen können, wenn das Weitermachen nicht mehr sinnvoll und spannend erscheint.

Ganz ähnliche Motive für jugendliches Engagement führt die Shell-Jugendstudie an. Ihr Chefdenker Arthur Fischer nannte in der vorletzten Jugendstudie noch einen weiteren Grund: Offenbar hat die Nähe zum politischen Geschehen damit zu tun, ob jemand mit Schwierigkeiten wie Ausbildungsplatzsuche, Arbeitslosigkeit, Jobverlust, sozialer Benachteiligung zu kämpfen hat oder nicht. Fischer folgert: „Wer davon überzeugt ist, dass er sein Leben zufriedenstellend meistern kann, der fühlt sich auch dem politischen System relativ nahe. Wer davon noch nicht überzeugt ist, für den stellt auch die Politik keinen Ort des Vertrauens dar."

Das passt zur Generalaussage der beiden letzten Shell-Jugendstudien: Die gesellschaftliche Krise hat die Jugend erreicht. Oder – anders ausgedrückt: Die Jugendlichen haben die gleichen Sorgen wie die Erwachsenen: Leben mit vielen Risiken, drohende Arbeitslosigkeit, Unsicherheit über die Zukunftsaussichten.

Vorstellbare Nähe, Emotionalität und unmittelbare Betroffenheit scheinen ausschlaggebend, wenn es um das Engagement von Jugendlichen geht. Klaus Farin nennt Tierversuche, Umweltfragen oder die Ächtung fremdenfeindlichen Verhaltens, wenn sich Jugendliche spontan für etwas interessieren (siehe auch Seite 10). So weltumspannend sie es auch meinen, die Anti-Globalisierungsdemonstrationen finden bei Jugendlichen dann ein Echo, wenn sie Kinderarbeit und Frauenhandel, verpestete Strände und bedrohte Tierarten thematisieren. Und „Action" gehört dazu.

Politik und Demokratie aber sind das Gegenteil von „action". Rappende Parteivorsitzende, Ministerinnen auf Inline-Skates, Abgeordnete im Punker-Look,

info

„Wählen ab 16?"

Wahlalter senken: Seit Mitte der 90er Jahre gibt es diese Forderung. Bei den Kommunalwahlen in Niedersachsen 1996 durften erstmals junge Menschen ab 16 wählen. Außer in Niedersachsen gibt es momentan in Mecklenburg-Vorpommern, in Nordrhein-Westfalen, in Sachsen-Anhalt und in Schleswig-Holstein ein aktives Kommunalwahlrecht ab 16. Bei allen Landtags- sowie den Bundestagswahlen darf erst ab 18 gewählt werden.

Mit einer bundesweiten Kampagne treten Jugendliche aus verschiedenen Jugendorganisationen und Schülervertretungen für ein Wahlrecht für unter 18-Jährige ein.
Mehr Infos unter **www.ich-will-wählen.de**

Das Berliner Kinderrechtsprojekt K.R.Ä.T.Z.Ä. fordert seit 1992 ein Wahlrecht ohne jegliche Altersgrenze.
Mehr Infos unter **www.kraetzae.de**

Am 13. September 2002, eine Woche vor der Bundestagswahl, wollen Einrichtungen der freien und kommunalen Jugendhilfe und Schulen in Berlin eine Wahl für Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren veranstalten.
Mehr Infos unter **www.u18.org**

info

Jungwähler gesucht

Vier Prozent aller Wahlberechtigten werden bei der nächsten Bundestagswahl unter 21 sein. Erstmals können an einer Bundestagswahl die Jahrgänge, die nach dem 28. September 1980 bis zum 22. September 1984 geboren sind, teilnehmen: 1,3 Millionen Männer und 1,2 Millionen Frauen. Unter den 61,2 Millionen Deutschen, die insgesamt wahlberechtigt sind, ist das eine Minderheit. Insgesamt werden bei der Bundestagswahl 9,5 Millionen Stimmberechtigte unter 30, aber 19,2 Millionen über 60 Jahre wählen können.

Die Bundestagswahl vor vier Jahren wurde von den mittleren Altersgruppen (30- bis 50-Jährige) entschieden und nicht von den Jungwählern. Unter den 18- bis 24-Jährigen kam die SPD auf 36 Prozent (plus eins gegenüber 1994), die CDU/CSU auf 32 Prozent (minus eins). Rechtsradikale Parteien wie die NPD waren im Jungwähler-Alter relativ stark (über 7 Prozent). Die Wahlbeteiligung lag hier bei knapp 80 Prozent.

Bei der letzten Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen zum Beispiel sank die Wahlbeteiligung der 18- bis 20-Jährigen auf 40,5 und der 21- bis 24-Jährigen auf 37,5 Prozent der Wahlberechtigten in dieser Altersgruppe (8,8 bzw. 13,7 Prozent weniger als vier Jahre zuvor). Zum Vergleich: 70 Prozent der über 60-Jährigen gingen zur Wahl.



Wie definieren Jugendliche Politik? Obwohl sich nur knapp zehn Prozent aller Jugendlichen als „politisch engagiert" bezeichnen, haben zwei Drittel von ihnen mindestens einmal an einer Demonstration teilgenommen, so die Shell Jugendstudie. Das Foto zeigt Kernkraftgegner in Gorleben

KONTAKT SPERRE

Oberbürgermeister im Duett mit Pop-Sängern – das sind bestenfalls rührend bemühte Versuche, Eindruck zu schinden. Jugendliche finden so etwas ätzend.

Das Dilemma: Demokratische Politik besteht immer noch aus dem „starken und langsamen Bohren von harten Brettern mit Leidenschaft und Augenmaß zugleich“, so einst der Soziologe Max Weber. Interessen stehen gegeneinander, werden durch die Instanzen ausgefochten, es wird gestritten, bis irgendwann ein Kompromiss herauskommt – ein langwieriges, mitunter langweiliges Verfahren. Mit Spaß, Event, Action hat das alles nichts zu tun. „Die Idee eines nicht professionellen, bürgerschaftlichen Engagements erscheint sehr vielen jungen Leuten romantisch, unpraktisch und zeitfressend. Man will mit seinem Leben etwas Aufregenderes anfangen“, meint der Politikexperte Peter Glotz.

Nur die Experten scheinen wirklich im Bilde zu sein, was hinter der Steuerpolitik, Arbeitsmarktreform, Verteidigungspolitik, Mittelstandsförderung steckt, was Politik mit welchen Entscheidungen bewirkt und was nicht. Wer mitreden möchte, braucht selbst Expertenwissen – für alle anderen sind viele Themen böhmische Dörfer, für Jugendliche wie Erwachsene.

In einer komplexen Gesellschaft ist das nur folgerichtig, heißt es, dass sich Biotechnik-Experten um Biotechnik kümmern, Rentenspezialisten um Rentenfragen und Militärs um Militärpolitik. Doch spätestens im Wahlkampf müssen sich die Experten wieder in Politiker verwandeln, sie müssen auf die Bühne, sie haben ihre Rolle zu spielen, sie müssen in die Talkshows, auf die TV-Schirme, auf die Marktplätze und in die Zeitungen (siehe den Beitrag: SCHAU-BÜHNE auf Seite 46).

Denn jetzt ist die Kunst der Vereinfachung gefragt. Nicht nur die Jugendlichen, das „Volk“ insgesamt möchte gerne wissen, was sich ändert, wenn es die eine Partei wählt und die andere nicht. □

info

Weniger Lust auf Politik

Zwischen 1991 und 1999 sank die Zahl der Jugendlichen, die sich politisch interessieren, von 57 auf 43 Prozent; in den Jahren davor lag sie gleich bleibend immer um die 55 Prozent. Bei den jungen Leuten zeigt sich ein deutlicher West-Ost-Unterschied: Gerade 35 Prozent der Jugendlichen interessieren sich im Osten für Politik, im Westen hat sich der Wert kaum verändert und liegt um 10 Prozent höher.
Drei Jahre früher lag der Osten noch in Führung: Genau jeder zweite Magdeburger und Greifswalder Jugendliche zeigte sich 1996 interessiert an Politik (im Vergleich zu 46 Prozent im Westen).

info

Aktionen und Service der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb)

„Wahlanalyse und Wahlprognose 2002 - Die Bundestagswahl im Unterricht“, heißt ein Buch von Wolfgang Sander, das Jugendliche mit dem Parteiensystem und den Wahlen vertraut machen will. Bestandteil des Buches ist eine CD-ROM mit dem Titel „Forschen mit Grafstat Update 2002“. Es enthält eine Software für Umfragen (unter anderem zur Wahlprognose) und grafische Ergebnispräsentationen. Zusätzlich gibt es unter **www.projekt-wahlen2002.de** eine internetgestützte Lernhilfe.

Schulprojekt „Juniorwahl“
Bei der „Juniorwahl“ „spielen“ Schüler die Bundestagswahlen – von der Kandidatenkür bis zur Auswertung der Ergebnisse. Die Wahlen werden im Schulunterricht vorbereitet, in der Woche vor den Bundestagswahlen können die Schüler dann an elektronischen Wahlgeräten symbolisch wählen. Die Aktion findet an 230 Schulen im Bundesgebiet und auf www.juniorwahl.de statt. Vorbild ist „Kids Voting“ in den USA, ein seit über zehn Jahren laufendes Projekt an 6.000 Schulen mit über fünf Millionen Schülern. Weitere Informationen unter:
www.juniorwahl.de

Design-Wettbewerb für Studenten
Mit einem Designwettbewerb sucht die bpb die beste Imagekampagne für die Demokratie. Es gibt Preisgelder von 5000 Euro und bundesweite Veröffentlichungen vor der heißen Wahlkampf-Phase. Der Wettbewerb richtet sich an Studentinnen und Studenten. Einsendeschluss ist der 17. Juni 2002. Weitere Informationen:
www.branding-democracy.de

Politischer Chat im Internet
www.wahlthemen.de ist eine Plattform, auf der ab Juli zentrale Themen des Wahlkampfs diskutiert werden, unterstützt durch Kommentare von Experten. Außerdem gibt es Chats und Foren. Kooperationspartner ist unter anderem die Online-Plattform **www.politik-digital.de**.

„Informationen zur politischen Bildung – aktuell“
mit dem Titel „Bundestagswahlen 2002“: Das 24-seitige, farbige Heft ist eine Orientierungshilfe für alle, die Näheres über die Grundlagen der Wahl sowie über die Funktion von Abgeordneten und Parteien erfahren wollen. Abgerundet wird es durch ein Kapitel zur Wahlforschung, ein Glossar wichtiger Begriffe, Literaturempfehlungen und Internet-Hinweise. Das Heft erscheint Mitte Juni. Bestelladresse: **www.bpb.de**



Politik ist auch eine Geschlechterfrage: Während sich 50 Prozent der männlichen Jugendlichen für Politik interessieren, sind es bei den weiblichen nur 37 Prozent, so die Shell-Jugendstudie

„*Jugendliche schauen im Moment ziemlich fassungslos auf das Chaos, das ihre Zukunft sein soll. An den Erwachsenen kritisieren sie die Haltung: Nach uns die Sintflut! Langsam baut sich da so etwas wie ein Generationenkonflikt auf.*“
Arthur Fischer, Jugendforscher

info

Links und Bücher

„Unzufriedene Demokraten“. Ergebnisse aus der 2. Welle des „DJI-Jugendsurvey“. Abzurufen als Daten unter **www.dji.de**

Ergebnisse der Shell-Jugendstudie unter: **www.shell-jugend2000.de**. Kontaktadresse: Jugendwerk der Deutschen Shell
Überseering 35 • D-22297 Hamburg
e-Mail: shellyouth@aol.com

Joachim Hofmann-Göttig: Der Jugend eine Zukunft. Aktuelle Schlaglicher auf die politische Herausforderung durch die nachwachsende Generation (6. Auflage). Im Internet unter **www.net-part.rlp.de**

Dieter Rink: Beunruhigende Normalisierung: Zum Wandel der Jugendkulturen in der Bundesrepublik Deutschland. In: Aus Politik und Zeitgeschichte B5/ 2002

Klaus Farin: Generation kick.de. Jugendsubkulturen heute. München, 2001

Peter Glotz: Die beschleunigte Gesellschaft. Kulturkämpfe im digitalen Kapitalismus, München 1999

„Er überschätzt sich nicht und ist ehrlich“

Wie der ideale Politiker aussehen sollte

„Ein Politiker sollte Ahnung haben, wie Jugendliche sich ihr Leben vorstellen.“ Der 20-jährige Sebastian ist einer von über 100 jungen Leuten, die auf die Frage nach dem idealen Politiker der Zukunft antworteten. Gestellt hatten sie – in Zusammenarbeit mit FLUTER – die Redakteure der Jugendseiten und Jugendbeilagen von Tageszeitungen: „Cocktail“ aus Essen, „Quergestreift“ aus Bad Salzungen, „Junge Zeiten“ aus Köln, „Jups“ aus Peine und „x-bay“ aus Bayreuth. Eine Auswahl:

„Sie müssten kapiert haben, dass die Jugend die Zukunft ist.“
Tanja Flanhardt (21) aus Bochum

„Lebenserfahrung zählt. Jeder politisch Verantwortliche sollte im Leben bereits etwas erreicht, vielleicht einen bodenständigen Beruf erlernt haben.“
Jana Helmuth (25) aus Erfurt

„Ein Politiker sollte sich um die Probleme Jugendlicher kümmern. Ich denke an Jugendarbeitslosigkeit und fehlende Freizeitzentren. Gut wäre, wenn mehr Frauen in die Politik eingreifen.“
Sebastian Möckel (21) aus Merkers

„Der perfekte Politiker weiß einfach,welche Dinge nichtig, welche wichtig sind.“
Martin Mau (23) aus Peine

„Weniger rumreden, klare Aussagen treffen und dementsprechend handeln.“
Andrea Jünger (17) aus Hennef

„Er sollte vor allem beweisen, dass er von den Dingen, über die er redet, wirklich Ahnung hat. Ich glaube nicht, dass jemand, der sein ganzes Leben einen sicheren Job als Lehrer oder Jurist hatte, wirklich weiß, wie sich ein Arbeiter vom Bau oder aus der Metallindustrie fühlt, wenn er nicht mehr sicher sein kann, ob er am nächsten Tag noch Arbeit hat.“
Verena Koop (17) aus Lohmar

„Fehl am Platz ist, wer seine Meinung ständig ändert oder nicht vertreten kann. Ein Politiker muss wissen, was er will, und dafür einstehen.“
Anne Wagner (16) aus Bad Salzungen

„Kompetent, vertrauenswürdig und rhetorisch gut drauf – das ist der Politiker, den ich mir wünsche.“
Kristina Schreiber (18) aus Eitorf

„Ich wünsche mir einen richtigen Staatsmann, der nicht auf einer Wolke über dem Volk schwebt, sondern mittendrin steht. Der tolerant ist – in seiner Person und seinem Amt.“
Patrick Menne (25) aus Dortmund

„Der ideale Politiker der Zukunft unterscheidet sich nicht von dem idealen Politiker der Gegenwart – höchstens darin, dass er möglicherweise einmal existieren wird.“
Björn Schiffbauer (20) aus Lohmar

„Ein Politiker sollte Ahnung haben, wie Jugendliche sich ihr Leben vorstellen. Akute Probleme wie die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit sollten ganz oben stehen.“
Sebastian Sobko (20) aus Bad Salzungen



Zehn Wünsche von Svenja aus Peine

1. Er hat ein interessantes Gesicht und eine angenehme Stimme, der man gerne lauscht

2. Er vergisst nie seine Wurzeln, um auf dem Boden der Realität zu bleiben

3. Er hält engen Kontakt zu den (einfachen) Menschen, in deren Namen er ja handelt



4. Trotzdem trennt er Beruf und Privates perfekt

5. Er hat mindestens drei Kinder

6. Fachlich ist er ein Meister seines Gebietes

7. Er überschätzt sich nicht und ist ehrlich: Wenn er von einem Thema keinen blassen Schimmer hat, nimmt er die Hilfe eines unparteiischen Spezialisten in Anspruch, anstatt Spekulationen anzustellen

8. Überhaupt antwortet er nicht in meterlangen Floskeln, redet nicht unpräzise um eine Frage herum

9. Abgesehen von den notwendigen Fachbegriffen ist seine Ausdrucksweise direkt und unkompliziert

10. Trotz großer Verantwortung bleibt er Mensch, nicht besser oder schlechter als jeder andere. Er verliert auch in unangebrachten Situationen ab und zu die Beherrschung und tobt vor Wut oder lacht Tränen

Svenja Heinecke (19) aus Peine



Die Jugendorganisationen aller Parteien kämpfen an zwei Fronten: gegen ihr schlechtes Image und für den Sieg ihrer Partei bei der Bundestagswahl am 22. September. Zum Beispiel Jusos und Junge Union in Köln. Jan Keith (Text) und Melanie Werlemann (Fotos) haben sie beobachtet.

NAH KAMPF



Blaues oder rotes T-Shirt? Christian Joisten, Kölner Juso-Vorsitzender, stimmt auf den bevorstehenden Wahlkampf ein



Veronika Trier von der Jungen Union leistet beim Plakatwändetragen harten körperlichen Einsatz



Keine Angst vor nassem Kleister: Stephan, Hans-Peter und Veronica (von rechts) kleben CDU-Plakate im Kölner Stadtteil Dellbrück. Der Wahlkampf hat begonnen

Irgendwann, es ist einige Zeit her, muss jemand gesagt haben: Die Junge-Union-Typen sind verpickelte Langweiler, spießige Anzug-Typen, die mit Aktenkoffer in die Schule kommen und niemals eine Freundin haben. Leute mit immer guten Noten. Ekelhafte Streber, mit denen man nur redet, wenn es ums Hausaufgaben-Abschreiben geht.

So ein Image loszuwerden ist schwierig, das weiß die Junge Union. Gespräche mit Gleichaltrigen sollen helfen – zum Beispiel bei monatlichen Sprechstunden. Neu-Mitglieder-Gespräch wird das genannt. Manchmal kommen 9, manchmal 13, heute kommt keiner. „Die jungen Leute interessieren sich halt nicht für Politik“, murmelt Hans-Peter Bröhl, 21, genannt „H.P.“, der bei der Kölner Jungen Union (JU) für die Neu-Mitglieder-Betreuung zuständig ist. In den 80er-Jahren gab es in Köln 3.200 JU-Mitglieder, jetzt sind es nur noch 640. Zusammen mit Geschäftsführer Stephan und dem JU-Köln-Vorsitzenden Helge wartet H.P. im tristen CDU-Gebäude am Rhein auf Gäste. Und dann kommt doch noch jemand: eine 20-jährige Schülerin, die sich informieren will.

„... zusammen mit netten Leuten etwas bewegen“

Gelegenheit also, das Image aufzupolieren. Lässig pflanzen sich die drei JUs auf die Stühle des kleinen Sitzungsraums. An der Wand hängen Fotos: Von Adenauer zum Beispiel, den kennt man, und Harry Blum, dem verstorbenen CDU-Oberbürgermeister von Köln. In der Ecke eine Deutschland-Flagge, in der Mitte der Wand ein Kreuz. „Mit Religion hab ich nichts am Hut“, sagt H.P.. Zu dritt wird jetzt um die Gunst der Besucherin geworben. Wie arbeitet die JU? Wie ist sie in Köln organisiert? „Wir organisieren Demos gegen Schröder, formulieren Standpunkte zu politischen Themen und veranstalten Seminare“, erzählen sie. Bierzapfen auf Sommerfesten oder Verteilen von Flyern an Schulen – morgens um halb acht – gehörten ebenso zur Arbeit. Locker und witzig tragen die Drei vor. Kein Aktenkoffer, keine Pickel, und eine Freundin haben sie auch. Und als Beweis gibt´s am Schluss Kondome für die junge Frau, die sich informieren will. „Junge Union NRW“ steht auf der Verpackung geschrieben, und „Viel Spaß...“.

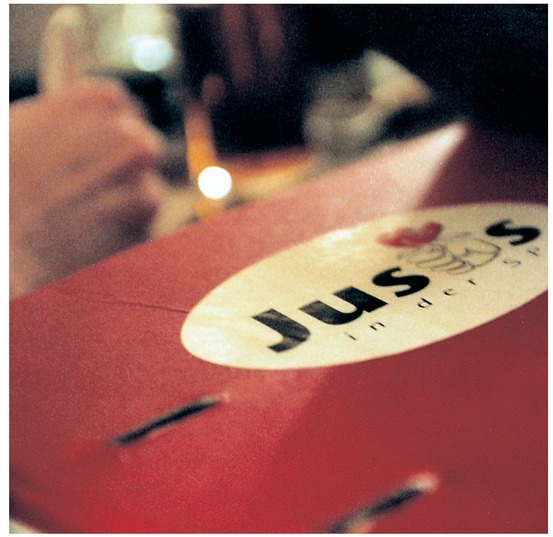
Spaß – das sei das Wichtigste, wenn man sich politisch engagieren will. „Zusammen mit netten Leuten etwas zu bewegen, auch wenn es nur eine Kleinigkeit ist – das ist der Grund, warum ich bei der Jungen Union bin“, sagt H.P. Viel haben sie schon gemeinsam erlebt, Wahlkämpfe durchgestanden, viel gelacht, gezittert, gezankt, und manchmal auch schlechte Erfahrungen gemacht. Vor rund zwei Jahren zum Beispiel – in der Nacht vor der NRW-Landtagswahl – gab es richtig Ärger. Zusammen mit einem Partei-Freund ging H.P. mitten in der Nacht in seinem Viertel von Tür zur Tür und hängte an die Türklinken kleine Schildchen, wie man sie von Hotels kennt. Statt „Bitte nicht stören“ stand drauf: „Die CDU wünscht Ihnen einen schönen Wahltag.“ Eigentlich eine harmlose Wahlkampf-Aktion, aber ein Mann war da anderer Meinung. „Der glaubte, wir seien Einbrecher“, erzählt H.P.. Der Mann kam brüllend – mit einer Riesentaschenlampe ausgerüstet – auf die beiden Jungs zu. Sie rannten um ihr Leben. Der Kumpel von H.P. aber war zu langsam: „Der Mann hat ihn so richtig verprügelt.“ H.P. ging dazwischen und klärte das Missverständnis auf. Das machte die Platzwunden im Gesicht auch nicht schöner, aber die Jungs waren um eine Erfahrung reicher: Wahlkampf ist kein Zuckerschlecken.

Das wissen auch die Jusos. „Wahlkampf ist Stress, aber geil“, sagt Tommy Krüger. Der 23-Jährige ist Chef des Wahlkampf-Teams der Kölner Jusos, des „Red-Sox-Teams“. Tommy ist das Gegenteil von dem, wie man sich einen typischen Juso vorstellt: Keine verwaschene Cordhose mit Schlag und auch kein gestrickter Öko-Pulli. Tommy gehört zur Kategorie „sympathisch, locker, lässig.“ Heute hat er sein „Red-Sox“-Wahlkampfteam zusammengetrommelt. Treffpunkt: ein rustikal-bürgerliches Hotel in der Kölner Altstadt. 20 junge Leute sitzen im holzverkleideten Frühstücksraum des Hotels und planen die Aktionen bis zur Bundestagswahl am 22.September: Fußballturnier, Bandwettbewerbe, Streetball-Event, Wagen beim Christopher Street Day, eigene Bühne beim Kölner Ringfest, Partys in der angesagten Disco „Roonburg“ und eine Flyer-Aktion in Kneipen.

„Solche Ewig-Diskussionen gehören dazu“

Die Ideen sind da. Es wird viel geraucht, geredet, ab und zu gelacht. Doch nach anderthalb Stunden gibt es ein Problem. Es geht um eine Grundsatzentscheidung: Soll das Red-Sox-Wahlkampf-T-Shirt rot sein oder blau? Kati plädiert lautstark gegen Rot. Rot sei zu klischeehaft. Jochen, ein offensichtlicher Gegner Katis, ist anderer Meinung. Kati brüllt Jochen an. Jochen lächelt, Kati wird rot und noch lauter, und am Schluss wird abgestimmt. Eine eindeutige Niederlage für die Kati-Fraktion: Nur drei wollen ein blaues T-Shirt, 12 dagegen ein rotes, der Rest enthält sich. Red-Sox-Chef Tommy: „Solche Streitereien und Ewig-Diskussionen über die Farbe des T-Shirts gehören dazu.“

Dass Politik mühselig sein kann, schreckt Tommy nicht ab. „Man kann immer was bewegen“, sagt er. „Wenn die jungen Leute wüssten, was sie erreichen könnten, dann würden sich viel mehr engagieren.“ Das klingt pädagogisch, aber Tommy meint es ernst. Besonders beeindruckt hat ihn die Geschichte mit dem türkischen Mädchen. „Nach langem Kampf haben wir Jusos die Aufenthaltsgenehmigung für dieses Mädchen, das abgeschoben werden sollte, erstritten“, erzählt er. Natürlich waren es nicht die Jusos, die das Mädchen vor der Abschiebung bewahrt haben. Aber sie haben ihren Beitrag dazu geleistet – und das macht stolz. Manchmal ist er aber auch frustriert: Dann, wenn er sich fast aufopfert für eine Sache und nichts passiert. Oder wenn seine politische Arbeit durch



In den Juso-Mappen werden die Ideen gesammelt, die während der vielen Sitzungen entstehen. Kreative Köpfe brüten jede Woche etwas Neues aus. Das gleiche gilt für die Konkurrenten der Jungen Union. Foto unten: Redaktionssitzung für eine Wahlkampfzeitung bei der Jungen Union



die Fehler der Alten kaputt gemacht wird: „Als ich vom Kölner Spendenskandal erfuhr, war ich erschüttert.“

Auch die Kollegen von der Jungen Union müssen bluten, wenn ihre Alten Mist bauen. Zum Beispiel damals beim CDU-Spendenskandal. „Leute auf der Straße kamen auf unseren Junge-Union-Stand zu und haben uns als Verbrecher beschimpft“, erzählt H.P.. „Das tat weh.“ Aber davon hat sich H.P. erholt. Jetzt hat er wieder richtig Lust auf Wahlkampf – und der hat schon begonnen. Treffpunkt: Der Platz vor der Kirche in Köln-Dellbrück. Der Kleister ist angerührt, die Plakat-Ständer installiert. Es kann losgehen, H.P., Stephan und Veronica kleben die ersten Plakate des diesjährigen Bundestags-Wahlkampfes in Köln.

Eigentlich wollte H.P. sich beim Wahlkampf gar nicht erst beteiligen. „Ich habe immer gesagt, wenn Stoiber Kanzlerkandidat wird, dann krümme ich keinen Finger.“ Aber da stand er ziemlich allein auf weiter Flur: Die Junge Union Köln gab eine offizielle Erklärung heraus, in der Stoibers Nominierung ausdrücklich begrüßt wurde. Das war ein großer Tag für die Kölner JU: Radio Köln und der Kölner Stadt-Anzeiger waren da, sogar der WDR hat was dazu gemacht. Normalerweise interessiert sich die Presse herzlich wenig für die Arbeit von Jugendorganisationen. Jedenfalls hat sich H.P. umentschieden: Besser Stoiber als Schröder, sagt er sich jetzt – und ist „ganz heiß auf den Wahlkampf“.

„Leute auf der Straße haben uns als Verbrecher beschimpft“

Das gilt auch für Partei-Kollegin Veronica Trier, die extra von einem anderen Stadtbezirk hergeeilt ist, um beim Kleben zu helfen. „Ich finde es normal, dass man sich gegenseitig unterstützt“, sagt sie und fährt mit dem nass-klebrigen Quast über die Plakatwand. Die 22-Jährige: Einser-Abitur, Doppelstudium VWL und Mathe, Vordiplom nach drei Semestern, zielstrebig, leistungsorientiert, Kassen-Brille, 80er-Jahre-Polohemd. In der 10.Klasse wechselte Veronica von einem baden-württembergischen Gymnasium nach Köln – und ihre Noten verbesserten sich von durchschnittlich „4“ auf „1 bis 2“. „Das kann doch nicht sein“, sagte sie sich. Damals trat sie in die CDU und in die Junge Union ein. Nicht wenige bezeichneten sie als „Sch... Streberin“.

Mit Beschimpfungen haben die Jusos genauso zu kämpfen. Jedenfalls hat Red-Sox-Chef Tommy diese Erfahrung gemacht. „Leute kommen auf mich zu und sagen: Ihr Jusos habt doch alle keine Freunde und nichts Besseres zu tun.“ Eben Spaßverderber. Tommy aber gibt sich anders. Er singt in einer Band, geht nur einmal in der Woche zur Uni, geht gern auf Konzerte und tanzen in die Disco. Vielleicht ist sein Interesse an Musik und Partys der Grund, warum er sich in die Roonburg AG eingeklinkt hat. Alle paar Wochen treffen sich die AG-Mitglieder und sprechen über große Pläne: Zwei große Juso-Partys sollen in der angesagten Kölner Disco „Roonburg“ stattfinden, die eine davon in der Nacht vor der Wahl. Sechs Leute sind heute in die wenig einladende Parteizentrale der Kölner SPD gekommen. Hier wird nicht viel debattiert, hier werden Termine ausgemacht, Ideen gesammelt.

Nicht alle Jusos sind so. Es gibt auch die Fraktion der intellektuellen Diskutierer und Denker, die das typische Juso-Klischee erfüllen: immer dagegen, immer reden, meint Tommy. Leute wie Claudia etwa gehen auf große Kongresse, beteiligen sich an wichtigen Debatten, dringen vor in Vorstandsetagen der Jusos. Mit 33 gehört Claudia zu den Seniorinnen unter den Jusos. Zum Interview bringt sie ein 93-seitiges Werk mit Beschlüssen des Juso-Bundeskongresses mit. Und über Stoiber sagt sie: „Wenn er Bundeskanzler wird, dann wäre das eine persönliche Katastrophe für mich. Ich würde in eine tiefe Depression stürzen.“

Tommy aber ist kein Typ für solche Worte. Für ihn sind andere Dinge wichtig. „Wenn wir eine Juso-Party in der Roonburg mit freiem Eintritt und Bier für 50 Cent veranstalten“, sagt er, „dann ermöglichen wir ärmeren Jugendlichen, auch mal dort zu feiern, wo sie aus finanziellen Gründen sonst nie feiern können.“ Das sei ein Beitrag für eine gerechtere Welt. „Das ist Politik“, sagt Tommy. Man könnte auch sagen: Das ist Wahlkampf. □

Hans-Peter Bröhl (Foto links) ist zuständig für die Neumitgliederwerbung der Kölner JU. Kein einfacher Job: Seit den 80er-Jahren schrumpft die Mitgliederzahl kontinuierlich. Das gilt auch für die Jusos. Foto rechts: Juso-Wahlkampf-Chef Tommy Krüger hält ein altes Juso-T-Shirt hoch. Das neue muss noch entworfen werden





Diskussionen bis zur Ermüdungsgrenze: Weder bei den Jusos (Foto) noch bei der Jungen Union kann ganz auf die klassischen Politikrituale verzichtet werden



info

Jugendorganisationen der Parteien

Jusos, Junge Union, Grüne Jugend, Junge Liberale und Solid: Zwar bezeichnen sich alle Jugendorganisationen als eigenständig, erklären aber gleichzeitig, dass sie die Ziele ihrer Mutterparteien unterstützen. Auch die Mitgliedschaften sind klar getrennt: Wer in die Mutterpartei eintritt, ist nicht automatisch Mitglied der Jugendorganisation. Ausnahme SPD: Wer unter 35 ist und in die SPD eintritt, wird automatisch Juso-Mitglied.Die Organisationsstruktur der Jugendorganisationen ist klassisch: Es gibt einen Bundesverband, Landesverbände und Bezirks- und Gemeindeverbände. Die Aktivitäten sind vielfältig: Veranstaltungen und Diskussionsrunden werden organisiert, politische Standpunkte entwickelt und formuliert, Flyer verteilt, Plakate geklebt und Partys gefeiert.

Junge Union
Die Junge Union (JU) hat rund 140.000 Mitglieder - 1994 waren es noch etwa 160.000 - und ist damit der größte politische Jugendverband in Europa: „Ausbildung schafft Zukunft“, „Mensch wach auf – Gemeinsam gegen Gewalt“ und die „Initiative Flatrate“ sind drei Schwerpunkte der politischen Arbeit, die besonders beworben werden.
Mehr Informationen unter **www.junge-union.de**

Jusos
Zur Zeit gibt es rund 75.000 Jusos, 1994 waren es fast doppelt so viel (etwa 128.000). Die Jusos verstehen sich als Anlaufstelle für regionale Netzwerke, die Beschäftigung fördern wollen, außerdem bieten sie Ideenwerkstätten für Jugendliche, in denen Forderungen an die Politik formuliert werden sollen.
Mehr Informationen unter **www.jusos.de.**

Junge Liberale
Die Jungen Liberalen haben etwa 9.400 Mitglieder. Ein Schwerpunkt ihrer Arbeit ist das Bemühen, bürgerschaftliches Engagement zu fördern, weitere Themen sind Bildung, Generationengerechtigkeit, Minderheitenschutz und Freiwilligenarmee.
Mehr Informationen unter **www.julis.de**

Grüne Jugend
Die Grüne Jugend hat rund 4.000 Mitglieder und einen Igel mit gesträubtem Stachelkleid im Logo. „Big Mama is watching you!” heißt eine Kampagne der jungen Grünen für mehr Datenschutz, gegen Ausländerfeindlichkeit richtet sich die Aktion „Rechte statt Nazis“.
Mehr Informationen unter **www.gruene-jugend.de**

[,solid] – Sozialistische Jugend
Ungefähr 1.300 Mitglieder zählt ['solid]. Die PDS-nahe Jugendorganisation gibt sich diskussionsfreudig und streitlustig: Demonstrationen und Diskussionsveranstaltungen stehen im Mittelpunkt der politischen Arbeit - zwei große Themen sind Globalisierung und soziale Gerechtigkeit.
Mehr Informationen unter **www.solid-web.de**

Vor jedem Wahlkampf machen die Politiker riesengroße Versprechen, dabei wissen wir alle ganz genau, dass keiner diese Versprechen einhalten kann, weil die wirtschaftliche und soziale Lage in Deutschland so eingefahren ist. Das geht nicht von heute auf morgen. Die Politiker versprechen immer nur das Blaue vom Himmel, keiner geht mal ran und sagt: Leute, wir müssen das und das schaffen, aber dafür müssen wir die Ärmel hochkrempeln, dafür müssen wir alle was tun, dafür muss jeder was abgeben, dafür muss jeder mal übern Tellerrand gucken.

Alex, 18, Rostocker Schüler
(siehe auch Seiten 4 – 9)

Das Fernsehen ist für die Politiker eine Verleitung nicht nur zur Oberflächlichkeit, es macht sie auch sympathiesüchtig. Sie streben danach, sich dem Publikum sympathisch zu machen. Das ist eine der Schattenseiten der Demokratie. Demokratie heißt, die Politiker werden vom Volk gewählt; und wen das Volk nicht will, den wählt es nicht. Durch das Fernsehen ist die Versuchung zum Opportunismus sehr viel stärker geworden, als sie ohnehin ist. In der Demokratie werden Sie nämlich nur gewählt, wenn Sie sich ausreichend angenehm gemacht haben.

Helmut Schmidt, ZEIT-Herausgeber
und Ex-Bundeskanzler

Warum bleiben immer mehr Wähler zu Hause? Ist Demokratie so langweilig? Nein, Demokratie ist die spannendste Staatsform, die es gibt. Nur unsere Parteien werden immer langweiliger. Weil sie Angst haben, die großen Probleme unseres Landes wirklich anzupacken, weil sie glauben, mit Mut und Wahrheit könne man keine Wahlen gewinnen. Die Unterschiede zwischen den großen Parteien verschwimmen dadurch zur Unkenntlichkeit, Die Wähler bleiben zu Hause, weil es nichts mehr zu „wählen“ gibt. Die Parteien müssen wieder mutiger zu ihren Überzeugungen stehen, mit allen Ecken und Kanten.

Jürgen Todenhöfer, Verlagsmanager
und Ex-(CDU-) Politiker

Ich bin inzwischen ungnädig gegenüber denjenigen, die sagen: ‚Die in der Politik sind doch heute nicht mehr voneinander unterscheidbar und machen nichts für uns.’ Wer in der Demokratie etwas besser machen will, muss sich engagieren. Ich mag die Leute, die sich dem verweigern, nicht mehr in Schutz nehmen. Diese Art von Larmoyanz geht mir auf den Wecker.

Franz Müntefering, SPD-Bundesgeschäftsführer

Zuhörergruppe bei einer Bundestagssitzung (Foto)

NETZ K@NZLER

Wer das Internet regiert

Der Bundeskanzler kommt aus Bayern und heißt „Bayernkini“. Seine Amtszeit beträgt vier Monate. Gewählt haben ihn die Mitglieder der größten deutschsprachigen Politik-Community im Internet. Christoph Mulitze und Valentin Nann stellen sie vor.

George_W_Bush“ wohnt am linken Niederrhein, im Kreis Kleve. Bush trägt Jeans und weiße Turnschuhe, das dunkelblonde lange Haar hat er hinten zu einem Zopf zusammengebunden. Feiern ist angesagt – bei der dol2day-Party in Aachen. dol2day – das steht für „democracy online today“ – hat ins Studentendorf der Technischen Hochschule Aachen eingeladen, und fast 200 Mitglieder sind gekommen. Knapp 18.000 Mitglieder aus der ganzen Welt zählt die Gemeinde inzwischen. Dabei hat vor drei Jahren alles klein angefangen, als Idee von fünf Aachener Studenten. Neben dem Spaß an der technischen Umsetzung, „ging es uns bei der Gründung vor allem darum, jungen Menschen Politik auf spielerische Weise näher zu bringen“, sagt Andreas Hauser, einer der fünf Initiatoren und heute Diplom-Ingenieur Maschinenbau. „Wir wollten politisch interessierten Internetnutzern eine unabhängige Diskussionsplattform bieten.“

Party in Aachen: Trotz gemeinsamer Schlachten im Internet - die meisten „Doler“ sehen sich zum ersten Mal



Und so funktioniert die Politik via Internet bei dol2day: Wer über einen Internetzugang verfügt, kann sich kostenlos registrieren lassen und darf unter einem selbst gewählten Pseudonym fortan an Umfragen teilnehmen oder sie selbst veranstalten. Für dieses Engagement gibt es „Bimbes“, die Währung von dol2day, ebenso für die Teilnahme an Diskussionsforen. Stimmen andere Doler – so nennen sich die Teilnehmer der Community – einem Meinungsbeitrag zu, bringt auch das dem Verfasser Bimbes. Darüber hinaus können die Doler Mitspielern ihr Vertrauen oder Misstrauen aussprechen, was diesem Plus- oder Minuspunkte beschert. Aus diesen Punkten und der Bimbeszahl errechnen sich nach einer komplizierten Formel die so genannten „dol-Points“, die einen Indikator für Macht und Position innerhalb der Internetgemeinde darstellen.

Wer nicht „nur“ zum Volk gehören will, kann sich einer der mittlerweile mehr als 20 Internetparteien anschließen – oder eine eigene Partei gründen. Daneben engagieren sich die Cyber-Politiker in knapp 1.000 Initiativen und Foren. Und wer im Laufe seiner politischen Internetkarriere genügend Bimbes sammelt und durch seine Arbeit das Vertrauen vieler Doler gewonnen hat, steigt eventuell zum Kanzlerkandidaten seiner Partei auf. Alle vier Monate wird bei dol2day ein neuer Internet-K@nzler gewählt. Im Vorfeld treten die Kandidaten, unterstützt von ihren Parteien, im Wahlkampf gegeneinander an: Ähnlich wie in der realen Politik versuchen sie, durch Vorstellung ihrer Programme, durch Werbung, Chats und Interviews, möglichst viele Wähler von sich und ihren Konzepten zu überzeugen.

Nach dem mehrtägigen Wahlgang wird der Sieger per Mausklick zum neuen Regierungschef gekrönt. Der von der Community gewählte Internet-K@nzler steht einem virtuellen Kabinett mit Ministern der verschiedensten Fachbereiche vor. Diese orientieren sich teilweise, wie im Fall des Justizministeriums, an echten Ministerien, in erster Linie aber an den Bedürfnissen von dol2day.

Weil die Community aber nicht nur ein Forum für Politik bieten, sondern auch noch Spaß machen soll, veranstalten die Macher jedes Jahr eine große dol2day-Party in Aachen. „George_W_Bush“, 19 Jahre alt, steht vor dem Eingang im Kreis seiner Internetfreunde von der Anarchistischen Pogo-Plattform im Internet (APPI). Die richtigen Namen tun nichts zur Sache. Das ist Prinzip von dol2day. Jeder läuft unter seiner Bezeichnung im Internet. Manche haben sich zur Identifizierung einen Button am Hemd befestigt. „Wir haben kein politisches Programm. Unser Ziel ist es, Spaß zu haben“, gibt Bush zu. Er selbst sieht sich aber nicht als unpolitisch. Die Europapolitik und der Nahe Osten liegen ihm am Herzen, sagt er.



Jung und Alt, Schlipsträger, Lederjackenfans und Punks vereint in der virtuellen und in der realen Welt: Mehr als 200 Mitglieder sind zum dol2day-Treffen gekommen

Der Bundeskanzler steht einem virtuellen Kabinett vor

Bis auf „APPI“ oder „Rappelkistenpartei“ orientiert sich die Parteienlandschaft im Internet an der politischen Realität in Deutschland. Selbst die Logos der Sozialdemokratischen Internetpartei (SIP), der @Union, der Grünen im Internet (GII), der Internetpartei der Liberalen (IDL) und der Partei der SozialistInnen im Internet (SII) ähneln denen ihrer Gegenstücke im Bundestag. Von den Homepages der realen Parteien gibt es jeweils Links auf die Seiten ihrer Internetsympathisanten und umgekehrt.

Nicht in allen Umfragen und Diskussionen geht es politisch zu. „Politik ist für uns mehr als nur Arbeitslosigkeit oder wie man zur Kernenergie steht“, heißt es in den Regeln für Erstnutzer. „Deshalb werden bei uns alle Facetten des Lebens berücksichtigt. Von Gesellschaft über Sport bis hin zu Wirtschaft.“ Und so finden sich neben Diskussionen zu brisanten politischen Themen („Wie hättest du anstelle von Klaus Wowereit im Bundesrat gehandelt?“) auch Umfragen zu Stars und Sternchen oder Scherzfragen („Ich war jung und brauchte das Geld – Was hast du schon für blödsinnige Sachen oder Jobs gemacht, weil du Geld brauchtest?“). Ein echter Doler beteiligt sich auch an solchen Diskussionen, schließlich bringen auch die Bimbes.

„Erlan“ ist im Frühjahr 2001 zum Doler geworden. Der Name stammt aus Aventurien, der Spielwelt des größten deutschen Rollenspielsystems „Das Schwarze Auge“ (DSA). Schnell hatte den heute 24-Jährigen das dol2day-Fieber gepackt, er verbrachte – der Flatrate sei Dank – täglich mehrere Stunden vor dem Computerbildschirm. Der Lohn der Arbeit: Von November 2001 bis Februar 2002 amtierte das Mitglied der Kleinen Prinzenpartei LPP als Internet-K@nzler. Seit ihn im April diesen Jahres der Unionspolitiker „Bayernkini“ als Kanzler abgelöst hat, trägt er den

Titel Ex-Kanzler – und das nicht ohne Stolz. „Erlan“, im realen Leben aktiver Sozialdemokrat im Münsterland, steht im düsteren Gang des Partykellers und erzählt Anekdoten. Wie er einst in Bonn am Zaun des Kanzleramtes gerüttelt hat. Oder dass er von vielen Community-Mitgliedern nicht wieder erkannt wird, weil er sich nach seiner Internet-Kanzlerschaft die Haare gefärbt hat. „Aber bei mir muss keiner mit einer Unterlassungsklage rechnen, wenn er das schreibt“, versichert „Erlan“.

„...um fünf aufgestanden, um meinen Amtsgeschäften nachzugehen“

Neben solch eher lustigen Momenten verbindet „Erlan“ mit seiner Amtszeit und dem vorangegangenen Wahlkampf aber noch etwas anderes: Stress. „Meistens bin ich morgens um fünf Uhr aufgestanden, um meinen Amtsgeschäften nachzugehen.“ Vier bis fünf Stunden pro Tag habe er täglich im Netz verbracht – und das alles neben seiner Ausbildung zum Diplom-Verwaltungsinspektor. Es war eine lehrreiche Zeit, sagt der 24-Jährige. So habe er gelernt, andere Meinungen zu akzeptieren, weil er sich gezwungenermaßen intensiver mit ihnen auseinandersetzen musste.

„Im Internet gibt es weniger Barrieren oder Berührungsängste,“ meint Erlan. Er selbst habe gelernt, über Parteigrenzen hinwegzusehen und hält inzwischen das Denken in den Kategorien von Rechts und Links für überholt.

So wie „Erlan“ sind viele der Doler auch im realen Leben politisch aktiv. So lange dol2day nicht von einer bestimmten Partei oder politischen Richtung unterwandert und somit einseitig dominiert wird, haben die Macher der Politik-Simulation damit kein Problem. Um den Bezug zur realen Politik herzustellen, organisiert dol2day immer wieder moderierte Chats mit Politikern. Bislang waren unter anderem Franz Müntefering (SPD), Laurenz Mayer (CDU), Andrea Fischer (Grüne), Sabine Leutheusser-Schnarrenberger (FDP) und Gabi Zimmer (PDS) zu Gast.

Zurück zur Party. Nur ein paar Meter von „Erlan“ entfernt umgibt sich „Babelfisch“ mit politischen Freunden aus dem Internet. 58 Jahre ist „Babelfisch“ alt und damit wahrscheinlich eines der ältesten Community-Mitglieder. Das Durchschnittsalter der Doler liegt bei Mitte bis Ende 20, knapp 80 Prozent aller Teilnehmer sind unter 30. „Meine Tochter hat mich aufmerksam gemacht auf dol2day. Eine tolle Idee“, sagt der Dozent von der Uni Münster begeistert. Obwohl er im wahren Leben einer Partei angehört, zählt er sich in der Community zum „Volk“. Damit befindet er sich keinesfalls in der Minderheit. „Nur etwa 50 Prozent der Community-Mitglieder haben sich einer Partei angeschlossen, die andere Hälfte ist ungebunden“, sagt Andreas Hauser, der sich wie die anderen dol2day-Redakteure selbst nicht in die Politik einmischt. „Wir haben eine Art Schiedsrichterrolle und müssen uns neutral verhalten“, erklärt er. Die Redaktion sieht sich lediglich als unpolitischen technischen Dienstleister.

Weil die Community seit ihrer Gründung so rasch wuchs und weil in der ersten Jahreshälfte 2000 immer wieder politisch extremes und rassistisches Gedankengut in den Foren aufgetaucht war, wollte die Redaktion nicht mehr die alleinige Verantwortung für die in den Foren verbreiteten Meinungen tragen. Deshalb installierte sie ein zusätzliches Kontrollgremium, dessen Zusammensetzung sich nach der Stärke der dol2day-Parteien richtet. Dieses überparteiliche Gremium überwacht die Einhaltung der demokratischen Spielregeln, der so genannten Doliquette. Gehen Anzeigen gegen Communitymitglieder ein, untersucht das Gremium den Fall und kann als Strafe Verwarnungen, befristete oder auch permanente Sperrungen gegen Mitglieder aussprechen.

Mit „Dr. Brenner“ musste das Gremium sich bislang nicht befassen. Er sitzt bei der Aachener Party auf einem Barhocker am Tresen. Seine Mutter und seinen Bruder hat er mitgebracht. „Dr. Brenner“ ist elf Jahre alt und damit das jüngste Community-Mitglied. Sein Wahlspot: „Sei kein Penner, wähl' Dr. Brenner.“ Einen Berufswunsch hat er auch: „Bundeskanzler. Und wenn das nicht klappt, will ich wenigstens Innenminister werden.“ □

...mehr zum Thema bei fluter.de



www.dol2day.com: „Im virtuellen politischen Leben sind die Leute eher bereit, sich zu engagieren“

Carsten Guhr, 23: **„Nur weil ich Bürgermeister bin, muss ich mich nicht wie ein 60-Jähriger verhalten“**

Es war Zufall: Carsten Guhr ist Bürgermeister von Oberlichtenau, einem Ort in Sachsen mit 1600 Einwohnern – und damit der jüngste in Deutschland.



Leute, die quer schießen, gibt es immer, meint Neu-Bürgermeister Carsten Guhr. Er hat während seines Studiums der Verwaltungswirtschaft gelernt, wie man Konfliktgespräche führt

Herzlichen Glückwunsch. Sie haben ja eine Blitzkarriere gemacht. Vom Praktikanten direkt zum Bürgermeister. Wie war das möglich?

Der alte Bürgermeister ging in den Ruhestand, und man fand keinen neuen Kandidaten. Und da ich gerade im Rathaus ein Praktikum machte, kam man halt auf mich.

Mussten Sie zur Kandidatur überredet werden?

Anfangs nicht. Später wollte ich abspringen, weil viele Ältere wegen meines Alters skeptisch waren. Doch ich wurde so lange bearbeitet, bis ich nicht mehr Nein sagen konnte, das Wohl des Dorfes hing plötzlich von mir ab. Bürgermeister – das liest sich ja auch nicht schlecht in der Biografie.

Wie viele Stimmen haben Sie erhalten?

92 Prozent. Ich war ja der einzige Kandidat.

Wie fühlen Sie sich jetzt?

Schon ein bisschen stolz. Doch es geht mir nicht so gut, weil ich auf Arbeitssuche bin.

Wieso das denn? Sie haben doch einen Job?

Bürgermeister ist kein richtiger Beruf, sondern ein Ehrenamt – auch wenn ich momentan den ganzen Tag dafür arbeite, weil die Verwaltung neu organisiert wird. Und dann kommen noch die Abend- und Wochenendtermine dazu.

Werden Sie wenigstens gut bezahlt?

Ich bekomme 1.125 Euro Aufwandsentschädigung.

Müssen Sie sich Sprüche wegen Ihres Alters anhören?

Oh ja. Der Bürgermeister eines Nachbardorfes hat die dumme Angewohnheit, mir vor anderen über den Kopf zu streicheln und zu sagen : „Mein Großer!“ Wie bei einem kleinen Jungen. Andere meinen, der „Kleene“ nehme sich zu viele Rechte raus, er sei arrogant.

Wie kommen die darauf?

Ich gebe auf Sitzungen gern kurze und sachliche Antworten. Warum soll ich lang und breit rumschwafeln.

Mischt sich Ihr Vorgänger in Ihre Arbeit ein?

Er gibt mir oft Ratschläge, die ich meist nicht gebrauchen kann. Leider kann er nicht richtig loslassen.

Was muss ein guter Bürgermeister ganz konkret für Oberlichtenau tun?

Sparen. Wir haben ein Defizit von 80.000 Euro. Das müssen wir erst mal abstottern und können deshalb keine neuen Straßen bauen. Keiner meiner Vorgänger hat sich um einen Notgroschen gekümmert. Das ist ärgerlich. Wenn im Wasserwerk mal ein Rohr bricht, reißt das voll den Haushalt ein.

Wo sparen Sie?

Wir haben preiswertere Reinigungskräfte für unsere Schulen und Kindergärten engagiert. Ich habe zudem meinen eigenen Computer mitgebracht, das spart auch schon mal 1.000 Euro.

Ihr Vorgänger hatte keinen?

Nein. Nur seine Mitarbeiter.

Wie viele Leute arbeiten für Sie?

18. Mit denen komme ich gut klar. Meine Sekretärin ist fast so alt wie meine Mutter, 52. Früher ist sie nicht oft gelobt worden. Jetzt tue ich das.

Welche sind denn Ihre liebsten Termine?

Am schönsten sind Einweihungen.

Andere in Ihrem Alter gehen in die Disko. Können Sie das jetzt noch?

Klar. Nur weil ich Bürgermeister bin, muss ich mich doch nicht wie ein 60-Jähriger verhalten. □

Das Gespräch führte Annette Zellner

Andreas Steyer, 23: **„Wir möchten mit unserer Jugendpartei zur Bundestagswahl antreten“**

Andreas Steyer ist Mitbegründer der Berliner Jugendpartei „jetztWIR“ – und um einige Enttäuschungen reicher. Trotzdem hat er große Pläne für die Zukunft.

Mit 23 Jahren ist Andreas Steyer bereits Parteivorsitzender – und das in einer Partei, die eigentlich ohne Chef auskommen wollte. Doch „auf den Unterlagen für die Kandidatenaufstellung zu Wahlen gibt es nur eine Unterschriftenzeile“, erzählt er, „einer musste sich also bereit erklären“.

„Eine Parteigründung ist unsexy, aber wenn man in der Berliner Politik was erreichen will, muss das wohl sein“, meint er. „Die Politiker nehmen dich entweder nicht ernst oder gar nicht erst wahr.“ Also tat sich der Informatikstudent mit anderen Jugendlichen aus Schülervertretungen und Jugendprojekten zusammen, um die Partei „jetztWIR – Jugend.Macht.Politik“ zu gründen.

Leichter gesagt als getan, wie Andreas Steyer mittlerweile weiß. Schon der erste Parteitag erinnerte an den bekannten Politikeralltag: langwierige Kandidatenkür, zähes Ringen um den Inhalt des Parteiprogramms: „Es ist frustrierend, wenn es trotz intensiver Vorbereitung lange Debatten um kleinste Formulierungen gibt“, sagt er. Am Ende sei es aber gelungen, ein Programm zu verabschieden. Darin fordert „JetztWIR!“ unter anderem mehr Bürgerbeteiligung, einen „Stopp der Verschwendung in der Verwaltung“ sowie eine Schulreform („Schule als Vorbereitung aufs Leben statt als Paukanstalt“).

Die erste Bewährungsprobe der Partei missglückte allerdings: 2.200 Unterschriften mussten die Gründer sammeln, um mit einer Landesliste für das Berliner Abgeordnetenhaus kandidieren zu können – am Ende hatte „jetztWIR“ nur knapp die Hälfte zusammen.

Andreas Steyer zieht dennoch eine positive Bilanz: „Bei der Parteigründung ging es ja auch darum, das Thema Jugendbeteiligung in die Öffentlichkeit zu bringen.“ Dieses Ziel hat „jetztWIR!“ erreicht: Mehrere Zeitungen und Radiosender haben im Vorfeld der Berliner Wahlen über die junge Partei berichtet. Und noch ein weiterer Punkt ist Steyer wichtig: Durch die Parteigründung habe man junge Leute motivieren wollen, sich politisch zu engagieren: „Einige sind über die Partei mit anderen Jugendprojekten in Berührung gekommen und arbeiten dort mit.“

Große Ziele hat Andreas Steyer immer noch: „Wir möchten mit unserer Jugendpartei zur Bundestagswahl antreten, am liebsten mit einer Landesliste.“ Wie das Engagement im Bundestagswahlkampf genau aussehen soll, sei noch nicht klar. Denkbar sei eine Zusammenarbeit mit anderen Jugendparteien wie der in Bayern und Nordrhein-Westfalen aktiven „Party-Partei“. Steyer ist überzeugt, dass es ein großes Stimmenpotential für Parteien wie „jetztWIR!“ gibt: „Allen anderen Parteien laufen die jungen Leute davon – und wir haben aus unseren Fehlern vor der letzten Wahl gelernt.“ □ *Valentin Nann*

Mehr Infos unter: **www.jetztwir.de**

Jugendpartei-Gründer Andreas Steyer: „Unser Spektrum reicht vom CDU-Sympathisanten bis zum Unterstützer der ‚Anarchistischen Pogo-Partei‘“



info

Jugend-Parteien im Internet

www.party-partei.de
Die 2001 gegründete „Party-Partei – Die Durchsichtigen“ versteht sich trotz ihres Namens als ernsthafte Partei und will zur Bundestagswahl 2002 antreten.

www.jugendpartei.de
„future – die jugendpartei“ besteht seit 1997. Bei der Landtagswahl 1998 in Sachsen-Anhalt erhielt sie 11434 Stimmen, das waren 0,8 Prozent. Bei der Kommunalwahl in Magdeburg eroberte sie einen Sitz im Stadtrat.

www.jez-gehts-los.de
Die Partei „JEZ – Jugend entwickelt Zukunft“ hat bei der Kommunalwahl 2001 in Lilienthal bei Bremen 14 Prozent der Stimmen erhalten und übernahm damit vier von 33 Sitzen im Gemeinderat.

Claudia Pertzsch, 23: **„Manchmal denke ich, ich habe es dreifach schwer: jung, weiblich, blond“**



Claudia Pertzsch aus dem sächsischen Delitzsch bei Leipzig. Die 23-Jährige ist Vorsitzende der Jungen Union ihres Landkreises, seit 1999 in der CDU und Studentin des Wirtschaftsingenieurwesens, Bereich Umwelt- und Energietechnik.

Im Januar wollte sie sich als Direktkandidatin für den Bundestag nominieren lassen. Aber eine Woche zuvor meldete Sachsens Justizminister Ansprüche an. Claudia Pertzsch verlor im Wahlduell gegen den Polit-Profi.

Sie wollten im Herbst für den Bundestag antreten, haben verloren und lächelten trotzdem tapfer in die Kameras.

Ja, in bestimmten Dingen muss frau sich und anderen doppelt so viel beweisen. Nach meiner Niederlage war ich enttäuscht und habe viel gegrübelt. Mir wurde aber klar, dass mich Wut und Enttäuschung nicht weiterbringen.

Welche Spielregeln mussten Sie lernen?

Kleidung ist ganz wichtig, um ernst genommen zu werden. Bei Terminen lasse ich Jeans weg. Röcke gehen auch nicht, sonst denken alle, ich will den Gesprächspartner becircen. Man darf auch nicht nur fünf Minuten vor Beginn einer Veranstaltung da sein, sondern muss rechtzeitig erscheinen. Also 20 Minuten vorher, damit man allen Leuten die Hand geben kann. Man muss sich dabei möglichst alle Namen und Gesichter merken. Vor allem Wirtschaftsleute nehmen es einem übel, wenn man den Namen vergessen hat. Als junger Redner darf man Ältere nicht zu forsch ansprechen. Vor jungem Publikum darf man nicht besserwisserisch auftreten.

Ein dickes Fell muss man auch haben...

Ja, ich musste mir schon vieles anhören: Ach, da kommt ja die Marionette oder das blonde Dummerchen. Klar brauche ich die Unterstützung meines Kreisverbandes. Ich suche auch Rat oder Orientierung, wenn ich nicht weiter weiß. Deshalb bin ich aber noch lange keine Puppe. Ich schreibe meine Reden selbst, denke und handele selbstständig. Manchmal denke ich, ich habe es dreifach schwer: jung, weiblich, blond. Aber wer mit Blondinen nicht klar kommt, dem kann ich auch nicht mehr helfen.

Warum haben es junge Leute so schwer?

Man wird ja nicht als Bundestagsabgeordnete geboren. Wir können nicht so viel Erfahrungen haben in Gremienarbeit. Man will aber immer die Perfekten. Es kommt nur der voran, der auch schon etwas geleistet hat. Darum sind die Kandidaten im Durchschnitt ja alle zwischen 40 und 65 Jahren alt. Die fällen dann Entscheidungen und können sich gar nicht mehr vorstellen, was es heutzutage bedeutet, jung zu sein. Deshalb fühlen sich viele Jugendliche nicht verstanden.

Und deshalb hören viele nicht mehr hin?

Ich verstehe die Jugendlichen, die all diese angepassten Politiker nicht ertragen. Die auch nicht mitmachen wollen. Das wäre anders, wenn mehr junge Politiker was zu sagen hätten. Zur Zeit sind nicht mal fünf Prozent der Politiker im Bundestag unter 35 Jahre alt. Das finde ich undemokratisch. Junge Kandidaten würden bestimmt wieder mehr junge Wähler anlocken. Ich wünsche mir eine Jugendquote, mehr Klartext und Offenheit. 18- bis 25-Jährige müssen die Chance haben mitzubestimmen.

Kommt nur der vorwärts, der sich in der Politik anpasst, austeilt und kungelt?

Irgendwo habe ich mich auch angepasst, aber ich handle immer noch nach meinen Grundsätzen. Die Arbeit kann auch wahnsinnig viel Spaß machen. Wenn man gemeinsam kämpft und Erfolge erzielt, wenn man ernst genommen wird und Verantwortung übernehmen darf. Nach all den Spendenskandalen und Negativschlagzeilen sage ich mir immer: Gerade deshalb und trotzdem ist mein Engagement wichtig. Immer wird darüber gemeckert, dass junge Leute nicht mitreden, aber keiner rafft sich wirklich auf. Das hat mich schon immer gestört. Dagegen will ich was tun. □

Das Gespräch führte Kathrin König

LUST FRUST

Wieso das Jugendparlament in Halberstadt trotzdem weitermacht

Sie steckten voller Ideen und Tatendrang. „Wir sind gescheitert“, meint die Gründergeneration selbstkritisch nach drei Jahren. Trotzdem wünschen sie sich Nachfolger mit genausoviel Elan. Denn es geht weiter. Dana Toschner berichtet.

Halberstadt in Sachsen-Anhalt. 15-jährige Mädchen auf Plateauschuhen schieben sich nachmittags gelangweilt durchs Einkaufszentrum. Am Abend treffen sie sich mit ihren Freunden, die gerade 18 sind und tiefergelegte Autos mit Breitreifen fahren, auf irgendeinem Parkplatz oder an der Tankstelle zum Knutschen. Nichts los in der Kleinstadt. Dabei hätte sich so viel ändern sollen.

Wiebke Bartsch ruckelt auf ihrem Fahrrad übers Kopfsteinpflaster. Es ist 20 Uhr. Sie fährt ins Büro des Jugendparlaments. Seit dessen Gründung 1999 ist sie schon dabei, damals war sie 14 Jahre alt. „Da mitzumachen war die einzige Möglichkeit, als Minderjährige etwas zu erreichen. Ich durfte ja noch nicht einmal den Landrat wählen“, erinnert sich Wiebke.

Sie ließ sich auf die Kandidatenliste (siehe Info-Kasten) ihrer Schule setzen und arbeitete eine Rede aus, mit der sie die anderen Schüler überzeugen wollte. „Ich forderte, dass die Sitzbänke im Einkaufszentrum für Jugendliche freigegeben werden. Da sind Schilder dran, auf denen steht, dass nur ältere Menschen da sitzen sollen. Außerdem wollte ich dafür sorgen, dass mehr Konzerte stattfinden und die Eintrittspreise für Kino und die Diskos sinken.“ Heute lacht Wiebke über die Wahlversprechen von damals: „Ich habe keins davon gehalten.“

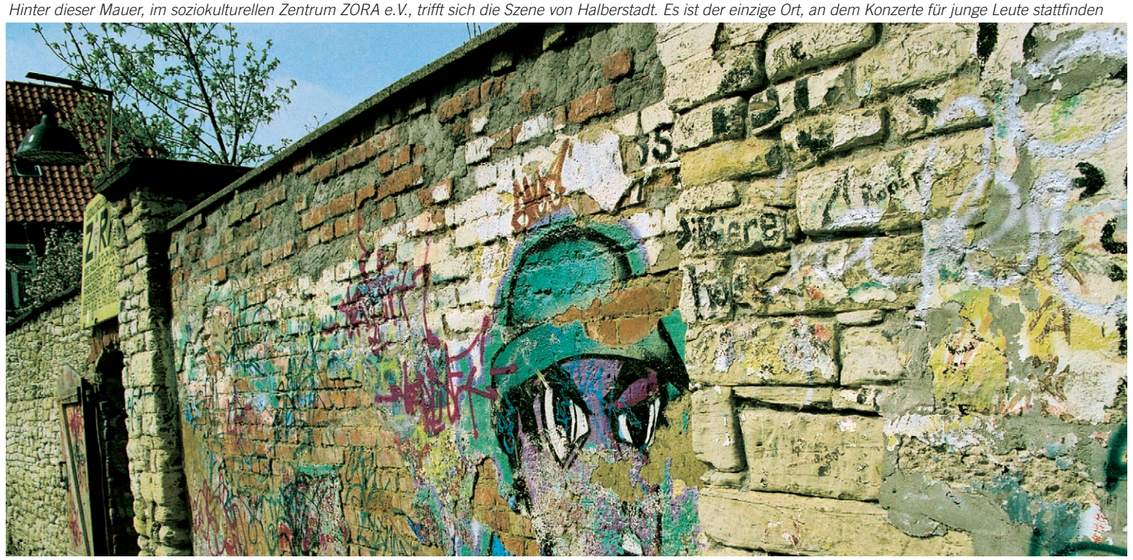
„Als wir anfingen, haben wir uns Politik anders vorgestellt“

Sebastian Friese, der Vorsitzende des Halberstädter Jugendparlaments, wartet mit einigen anderen schon im Büro auf Wiebke. Im Sitzungszimmer steht ein großer Tisch, in dessen Mitte eine Kerze. Ein bisschen karg wirkt das Ganze und wenig jugendlich. „Als wir anfingen“, sagt Sebastian, „haben wir uns Politik anders vorgestellt. Wir hatten Ideen und wollten was erreichen. Diskos, Konzerte, mehr Freizeitmöglichkeiten.“

In der Anfangszeit waren 33 Jugendliche im Parlament, die von Schulen und Jugendorganisationen gewählt worden waren. Außerdem kamen immer noch eine Handvoll Leute zusätzlich zu den Treffen, die auch mitmachen wollten. Ziemlich schnell haben alle gemerkt: Die Wirklichkeit hat mit ihren Vorstellungen von Politik nicht viel gemein. „Das läuft alles sehr, sehr langsam“, sagt Daniel Szarata, der Mitglied im Sprecherrat ist. „Wenn wir etwas unternehmen wollen, kriegen erst 20 Leute das Vorhaben in die Hand und alle schlafen noch ein paar Nächte drüber. Wir sind jung, wir haben Ideen und die wollen wir schnell umsetzen. Wenn das nicht funktioniert, verliert man die Lust.“

Die Lust verloren haben inzwischen einige. Genau genommen fast alle. Zur letzten Vollversammlung sind nur noch zehn der 33 Jungparlamentarier erschienen. Sebastian, der Vorsitzende, kann die Aussteiger sogar verstehen. „Wir knabbern nach drei Jahren noch immer an unseren Anfangsthemen. Die Illusionen sind weg“, sagt der 18-Jährige.

In verschiedenen Arbeitsgruppen haben die Jugendlichen an Projekten gearbeitet. Sie haben sich zum Beispiel für neue Radwege eingesetzt und dafür, dass Schulen auch nachmittags geöffnet sind und sich die Schüler dort aufhalten können. Das Projekt, von dem sie sich am meisten versprochen haben, heißt „Jugendcard“. Die Idee: Mit einer Ermäßigungskarte sollen Jugendliche in Freizeiteinrichtungen einen Rabatt auf die Eintrittspreise bekommen; im Gegenzug sollten die Logos der unterstützenden Firmen auf die Plastikkarte gedruckt werden. Allerdings zeigten sich die Inhaber von Kino, Kartbahn, ⇀



Hinter dieser Mauer, im soziokulturellen Zentrum ZORA e.V., trifft sich die Szene von Halberstadt. Es ist der einzige Ort, an dem Konzerte für junge Leute stattfinden



Das Jugendfreizeitzentrum „Rolle“ ist Treffpunkt für Skater, Biker und solche, die einfach nur rumhängen wollen. Die „Rolle“ wird von der Stadt finanziert

info

Das Jugendparlament Halberstadt

Das Jugendparlament von Halberstadt tagte im Sommer 1999 zum ersten Mal. Entstanden ist es auf Initiative des Oberbürgermeisters Hans-Georg Busch, der Jugendlichen die Möglichkeit zur Mitbestimmung geben wollte. Anfang 1999 gingen Streetworker und Angestellte der Stadt in Schulen und machten Werbung für das Projekt. Nach einem Schlüssel, der sich nach der Größe der Einrichtung richtete, wurden an Schulen und Freizeiteinrichtungen insgesamt 33 Mandate vergeben, um die sich die Schüler bewerben konnten. Wer ins Jugendparlament einziehen wollte, musste zwischen 12 und 21 Jahren alt sein und seinen Hauptwohnsitz in Halberstadt haben.

Das Jugendparlament Halberstadt im Netz: **www.jugendparlament-halberstadt.de**



Chorkonzert, Kegelturnier und Bauernmarkt - der Veranstaltungskalender der 40.000-Einwohner-Stadt Halberstadt in Sachsen-Anhalt gibt nicht viel her für Jugendliche. Sie treffen sich in der Einkaufspassage, auf dem Marktplatz oder auf Parkplätzen zum Quatschen. Mit den neuen Jugendprojekten soll frischer Schwung kommen

Diskotheken und Sporteinrichtungen bisher wenig begeistert. In der Arbeitsmappe „Jugendcard“ liegt nur ein einziger Vertrag.

„Ich glaube, das Jugendcard-Projekt ist gescheitert“, sagt Sebastian. Er plädierte für Einstellung. Doch die anderen haben ihn bei der letzten Versammlung überstimmt. Das ist Demokratie – daran muss sich Sebastian halten. Die Jungparlamentarier haben sich selbst und der Jugendcard eine Deadline gesetzt: Wenn sie bis Herbst nicht läuft, wird die Idee begraben.

„Man muss nur wirklich mal was sagen, dann wird man auch gehört“

Im Herbst soll sowieso alles anders werden. Neue Kandidaten, neue Wahlen, ein ganz neues Parlament. „Es läuft einfach nicht mehr. Und wir kommen unserer Aufgabe, nämlich die Jugendlichen der Stadt zu repräsentieren, schon lange nicht mehr nach“, sagt Sebastian. „Andere sagen: Ihr denkt, ihr seid was Besonderes“, erzählt Daniel. Und irgendwie ist da auch etwas dran. Alle, die um den großen Tisch im Sitzungszimmer sitzen, gehen aufs Gymnasium – die meisten sogar auf die gleiche Schule. Früher seien auch Realschüler zu den Parlamentsversammlungen und in die Arbeitsgruppen gekommen, aber viele hätten sich einfach nicht getraut, den Mund aufzumachen.

„Man muss nur wirklich mal was sagen, dann wird man auch gehört“, ist Daniel überzeugt. Im Stadtrat hat das Jugendparlament Rede- und Antragsrecht. Niemand hat den Eindruck, dass die Erwachsenen dort die Jugendlichen nicht richtig ernst nehmen. Allerdings sei es so, dass sich die „Alten“ die „Jungen“ etwas frecher vorgestellt hatten, als sie tatsächlich sind. Der Oberbürgermeister, auf dessen Initiative das Jugendparlament entstanden ist (siehe INFO-Kasten), habe Erwartungen, die die Jugendlichen nicht erfüllen. „Er wollte, dass wir jugendlicher und provokanter sind. Dass wir in zerrissenen Jeans zur Stadtratssitzung kommen und nicht im Anzug“, sagt Daniel. Doch der 19-Jährige steht nicht auf Schlamper-Look. Er trägt ein helles Hemd, ordentlich zugeknöpft – auch wenn er heute nur seine Freunde vom Jugendparlament trifft. „Ich will mich bei einer Stadtratssitzung doch nicht zum Klops machen“, sagt er. Wiebke meint, dass das Ordentliche, das Gesittete nicht nur äußere Merkmale von Daniel sind: „Er ist ein kleiner erwachsener Politiker geworden“, sagt sie.



Wiebke, Daniel, Sebastian und ihre Mitstreiter vom Jugendparlament beim schwierigen Aktenstudium

Sebastian, der im vergangenen Jahr in die SPD eingetreten ist, fährt sich mit der Hand durch die braunen Haare und scheint nicht so recht zu wissen, ob er Wiebke zustimmen soll oder nicht. „Ich hoffe, dass es noch nicht so ist“, sagt er zögerlich. Aber die Politik mache ihm eben Spaß. „Man baut Hemmungen ab, vor großen Menschenmengen zu reden, und gewinnt Einblicke in Zusammenhänge, die andere Jugendliche nicht haben.“

Seine Zeit beim Jugendparlament geht bald zu Ende. Bei den Neuwahlen im Herbst wird Sebastian nicht wieder kandidieren. Alles vorbereiten will er, eine große Werbekampagne für die Wahl starten, doch dann sei Schluss. „Ich überlasse den Neuen das Feld, die sich mit genauso vielen Ideen und soviel Tatendrang da reinstürzen sollen, wie wir das damals gemacht haben.“ Dass die Neuen vielleicht die gleichen Enttäuschungen erleben werden wie Sebastian, Daniel, Wiebke und alle anderen im „alten“ Parlament, will keiner verhindern. Sie sind sich einig: „Den Neuen ihren Enthusiasmus und die Illusionen zu nehmen, wäre das Dümmste, was wir machen könnten.“ □

...mehr zum Thema bei fluter.de

info

Jugendparlamente und ihre Projekte (eine Auswahl)

Die Jugendlichen vom Jugendparlament Ingelheim konnten mehr als 10.000 Euro durch Spenden und Sponsoring für den Bau eines Skaterparks sammeln.
www.jugendparlament-ingelheim.de

Das Jugendparlament in Unterschleissheim setzt sich dafür ein, dass Jugendliche Sportflächen in ihrer Freizeit nutzen können, ohne in einen Verein eintreten zu müssen, und dass die Sperrzeiten der Lokale verkürzt werden.
www.jupa-unterschleissheim.de

Das Kinder- und Jugendparlament Wolfen veranstaltete im vergangenen Jahr ein Sportfest für Behinderte und ein Programm gegen Gewalt, dessen Höhepunkt ein Konzert mit Nachwuchsbands war.
www.kijupa-wolfen.de

Das Jugendparlament Odenwaldkreis beteiligt sich an Mahnwachen für den Frieden, an der Organisation von Ostermärschen und Aktionen gegen Gewalt und Faschismus.
www.jugendparlament-odenwald.de

Das Jugendparlament Pfaffenhofen hat erreicht, dass von der Stadt Wände für Graffiti-Sprayer zur Verfügung gestellt werden, auf denen jeder nach Anmeldung beim Jugendparlament und Vorlage seines geplanten Bildes legal sprühen kann. Außerdem haben sich die Jugendlichen für einen Rufbus eingesetzt, der von Ehrenamtlichen gefahren wird und junge Leute nachts bis 3 Uhr sicher von den Veranstaltungsorten nach Hause bringt.
www.jugendparlament-paf.de

Die Jugendlichen vom Jugendparlament Neuburg/Donau beantragen im Stadtrat, einen Partyraum einzurichten und setzen sich für den Bau eines Beachvolleyballfeldes ein.
www.neusob.de/jupa/

Auf Initiative des Jugendparlaments Laatzen wurden die Linien der Schulbusse an die Bedürfnisse der Schüler angepasst und eine Graffiti-Wand zum legalen Sprühen sowie ein neues Fußballtor errichtet.
www.laatzen.de/html/einwohner/jugendparlament.htm

... und außerdem gibt's das Europäische Jugendparlament:
Das European Youth Parliament (EYP) ist eine internationale, überparteiliche Organisation, die 1987 ins Leben gerufen wurde und Jugendlichen aus ganz Europa einen Gedankenaustausch zu europapolitischen Fragestellungen ermöglicht – unabhängig von Ländergrenzen, Religionszugehörigkeit oder Parteistrukturen. Gleichzeitig geht es dabei um das Prinzip Völkerverständigung, also das gegenseitige Kennenlernen von Schülerinnen und Schülern aus verschiedenen Staaten des europäischen Kontinents.
www.eyp.de

TREFF PUNKT

Wie sich Jugendräte mit Ratschlägen durchsetzen

Modelle demokratischer Beteiligung von Jugendlichen werden seit über zehn Jahren ausprobiert. Die meisten Möglichkeiten bieten die Großstädte an. Je kleiner die Kommunen, desto seltener werden Jugendparlamente oder Projektgruppen. Volker Thomas nennt Beispiele.

Mach´ keine Politik“, lautet der Spruch, wenn Ines (18) und Nina (19) sich im Frankfurter Norden beim Jugendforum treffen. „Mach´ keine Politik“ – das heißt: Mach's nicht umständlich, mach's nicht so unverständlich, mach's mit Spaß. Und halt ´ dich fern von der „Politik der Erwachsenen“.

Die Frankfurter Initiative für Jugendbeteiligung ist ein über zwei Jahre angelegtes Experiment in mehreren Stadtteilen. Die Koordination liegt beim Jugendbildungswerk der Stadt. Die „Jugendforen“ setzen sich aus Jugendlichen im Stadtteil zusammen, die über Schulen, Vereine und Verbände angesprochen werden. Die Foren haben ein kleines Budget (2.500 Euro) und einen festen Treffpunkt.

Vorbild für diese Arbeit sind die im Frankfurter Jugendnetzwerk bereits fest verankerten Modelle wie die Praktikumsplatzbörse, eine Online-Datenbank, die von Jugendlichen in Zusammenarbeit mit dem Arbeitsamt eingerichtet wurde.

Das Netzwerk setzt auf Selbstorganisation, betont Roland Sautner vom Jugendamt Frankfurt. Das Ziel ist für ihn eine „jugendpolitische Informations- und Kommunikationskultur“, die von Infobörsen über Lehrstellentausch bis hin zu Angeboten zur Weiterqualifikation und Veranstaltungshinweisen alles enthält, was Jugendliche wissen wollen und was sie brauchen können. „Jugendliche an der Gestaltung ihres Lebensumfeldes auf kommunaler Ebene“ zu beteiligen – das war die erklärte Absicht des Stuttgarter Gemeinderates 1995, als er beschloss, in den Stadtbezirken Jugendräte wählen zu lassen. Sie sollen ihre Wünsche, Ideen zu Spiel- und Sportanlagen, Umweltschutzaktionen, Bau und Sicherung von Radwegen oder Personennahverkehr entwickeln und formulieren können. Wahlberechtigt (und wählbar) ist jeder Jugendliche von 14 bis 18 Jahren, sofern er mindestens seit drei Jahren im Stadtbezirk wohnt. Die Wahlen finden alle zwei Jahre statt.

„Mach´ keine Politik“ soll heißen: Mach´s mit Spaß

Der Jugendrat trifft sich zu Sitzungen in seinem Stadtbezirk. Er kann festlegen, dass ein Jugendlicher aus seiner Mitte den Vorsitz übernimmt und die Tagesordnung bestimmt. Die Wünsche und Ideen werden in Zusammenarbeit mit dem Bezirksvorsteher dem Bezirksbeirat vorgestellt und an die Stadtverwaltung weitergeleitet. Vertreter aus allen sechs Stuttgarter Jugendräten bilden einen gemeinsamen Arbeitskreis, der wiederum Jugendräte in den Jugendhilfeausschuss und in den Ausschuss Spiel- und Aktionsflächen entsendet.

Der Jugendrat aus dem Bezirk Obere Neckarvororte zum Beispiel besteht aus 16 Jugendlichen. Er hat einen Skater-Park durchgesetzt und organisiert regelmäßig Skiausflüge. Gescheitert ist dagegen der Jugendrat Stuttgart-Nord mit dem Vorstoß, in einem Freizeitpark das Fahradfahren zu erlauben. Dafür fand er keine Mehrheit im Bezirksbeirat. Der Vorschlag des gemeinsamen Stuttgarter Jugendrats führte aber zum Erfolg, einen dritten Nachtbus um 3.15 Uhr einzuführen. Die Stuttgarter Verkehrsbetriebe mussten die Dienstpläne ergänzen.

Berlin-Friedenau: Ein ehemaliges Polizeirevier am Voarlberger Damm. Im ersten Stock über der Ladenzeile befindet sich seit Ende der siebziger Jahre die Kifrie-Jugendetage. Kifrie, das steht für „Ki“ nder und Jugendliche aus „Frie“ denau. Etwa 150 Kifries aus ca. 15 Nationen gehen hier an sieben Tagen der Woche ein und aus. Sie lernen Gitarrespielen, Judo oder Kochen, drehen Videofilme, spielen Theater oder erhalten Hilfe bei den Hausaufgaben. Viele üben mit ihren Bands. Die „Kifrie Sunshine Show Band“ wurde einmal sogar mit dem „Musikpreis der Kulturen in Berlin und Brandenburg“ ausgezeichnet. Die Kifries üben aber noch mit ganz anderen Instrumenten. So wählt eine Vollversammlung jedes Jahr einen Sprecherrat. 16 Jugendliche übernehmen Aufgaben wie die Organisation von Festen, Auftritten, Reisen, die Buchführung, Finanzplanung. Zwei vertreten die Kifrie-Interessen im Jugendhilfeausschuss im Berliner Stadtteil Schöneberg.

„Wenn wir uns nicht selbst helfen, hilft uns keiner“

„Wir versuchen so viele Aufgaben wie möglich unter uns zu verteilen“, erklärt der 16-jährige Masen Khattab. Er ist für die Finanzen zuständig und führt die Kassenbücher für die Jugendetage. Angst machte ihm die neue Aufgabe nicht. „Eine Sozialpädagogin hat mir gezeigt, wie man es machen muss. Aber es ist schon wichtig, dass jemand da ist, den man mal was fragen kann.“

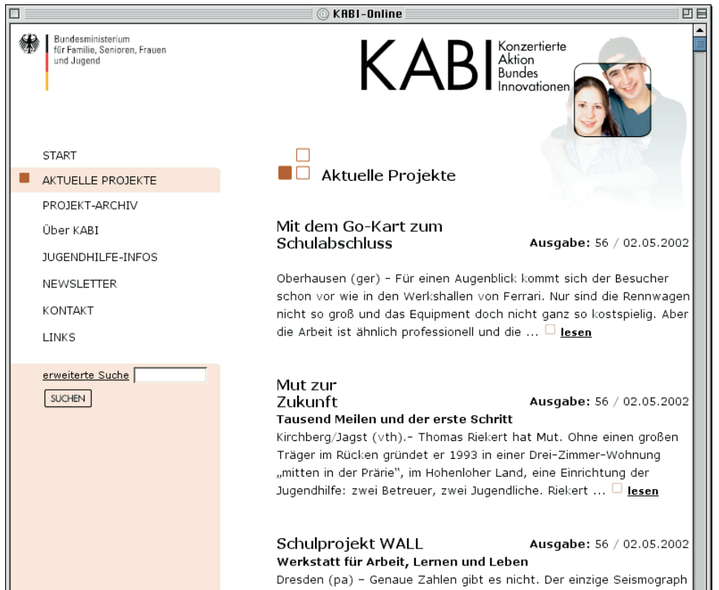
Omar ist Bandkoordinator und Leiter der „Kifrie Sunshine Show Band“. Seit September sitzt er auch im Jugendhilfeausschuss. „Die ersten Sitzungen waren hammerhart. Ich habe nichts verstanden. Diese Fachbegriffe, das war totales Neuland. Ich konnte die Diskussion überhaupt nicht verfolgen. Heute weiß ich Bescheid, was Jugendhilfeplanung oder was Verbandspolitik ist.“ Die meisten Abgeordneten in dem kommunalen Ausschuss seien zwar 35 und älter. „Aber die Tatsache, dass sie Jugendlichen zuhören wollen, zeigt doch Interesse.“

Die „Kifrie-Jugendetage“ gehört zu 17 weiteren Einrichtungen des Nachbarschaftsheims Schöneberg. Georg Zinner, Geschäftsführer der Institution, will Jugendliche nicht nur fördern, sondern auch fordern. Sozialarbeiter hätten oft eine Scheu, den Leuten etwas abzuverlangen. „Aber wer ihnen nichts abverlangt, traut ihnen auch nichts zu.“

In Solingen hat der Bezirksjugendrat einen „Job-Coach“ engagiert, der im Jugendzentrum „Oase“ feste Sprechstunden anbietet. In Wuppertal brachte der Jugendrat das Thema „Angst-Räume“ in die öffentliche Debatte: Dunkle Bahnunterführungen werden zunehmend von Jugendlichen gemieden, weil sie unsicher sind.

Die Hilfe bei der Jobsuche, der Nachtbus um drei, die Skaterbahn am Ortsrand, das Jugendzentrum, wo problemlos gefeiert werden kann, weil die Feuersicherheit stimmt, die Organisation von preiswerten Jugendreisen – der kurze Blick auf die Beteiligungsmodelle von Jugendlichen zeigt, dass immer mehr eine demokratische Grundlektion beherzigen gelernt haben: Jammern gilt nicht, wenn wir uns nicht selbst helfen, hilft uns keiner. □

*Wo und wie Jugendliche in Deutschland mitgestalten können: Unter **www.kabi-online.de** werden Beispiele vorgestellt*



info

Links im Internet

„Egal ob es um einen neuen Basketballkorb, eine Demo oder den Kontakt zur Politik geht – Jugendliche können mitreden und aktiv werden. Wenn ihr in eurer Umgebung etwas verändern wollt, gibt euch die Servicestelle Jugendbeteiligung Hilfestellung – unkompliziert und direkt.“ So wirbt die Servicestelle in Berlin-Friedrichshain unter ihrer Webadresse: **www.jugendbeteiligung.info** für sich. Sie wird u.a. von der Stiftung Demokratische Jugend und dem Bundesjugendministerium unterstützt. Das 5-köpfige Berliner Team versteht sich als „Agitationszentrale Jugendbeteiligung“ und ist seit August 2001 für „drei Jahre Anheizerin für Jugendbeteiligungsprojekte“.

Ein Leitfaden zur Beteiligung von Jugendlichen (herausgegeben von der Deutschen Jugendkonferenz und dem Deutschen Jugendinstitut) ist unter der folgenden Webadresse downzuloaden:
www.u26.de/u26/xtra/leitfaden/zielsetzung.html

Noch einen Leitfaden stellt das ISAB Institut (**www.isab-institut.de**) ins Netz. Praktische Tipps gibt es auch bei CIVITAS – Bürgerorientierte Kommune (**www.buergerorientierte-kommune.de/**). Träger sind die Bertelsmann Stiftung und der Verein Aktive Bürgerschaft e.V.

info

Gesetze für Mitbestimmung

Worauf man sich als Jugendlicher gegenüber der Verwaltung berufen kann:

- die Gemeindeordnung, die jeder in seinem Rathaus einsehen und nachlesen kann.
- das Kinder- und Jugendhilfe-Gesetz (KJHG), das ein Teil des 8. Buchs des Sozialgesetzbuches (SGB VIII) ist. In § 8 heißt es unter anderem: „Jugendliche sind entsprechend ihrem Entwicklungsstand an allen sie betreffenden Entscheidungen der öffentlichen Jugendhilfe zu beteiligen".
- Außerdem gibt es die UN-Kinderrechtekonvention - die auch für Jugendliche gilt - und die Agenda 21, das von 179 Staaten unterzeichnete Abschlussdokument der Konferenz für Umwelt und Entwicklung der Vereinten Nationen. Dort heißt es u.a. : „Es ist zwingend erforderlich, dass Jugendliche auf allen Ebenen aktiv an den Entscheidungsprozessen beteiligt werden, weil dies ihr heutiges Leben beeinflusst und Auswirkungen auf ihre Zukunft hat.“

ÜBER SETZEN

Wie junge Aussiedler deutsche Politik kennenlernen

Die meisten jungen Aussiedler haben einen deutschen Pass und dürfen wählen. Doch Parteienlandschaft und politisches System sind für sie Neuland.

In Kasachstan konnten wir wählen gehen, aber man wusste vorher schon, wer gewählt wird.“ Eine ernüchternde Erfahrung, die der 22-jährige Alexander aus seiner alten Heimat mitbringt. Grund genug für ihn und seine Familie, dort gar nicht erst zur Wahl zu gehen.

Das wirkt auch in Deutschland nach. Eine spontane Abstimmung in Alexanders Berufsvorbereitungsklasse in Recklinghausen ergibt: Nur sechs der 15 jungen Leute zwischen 19 und 26 würden zur Wahl gehen.

Einer der Gründe überrascht: Entgegen der weit verbreiteten Annahme, alle Aussiedler würden automatisch als Deutsche anerkannt, haben einige der in Kasachstan und Russland geborenen Schüler noch keinen deutschen Pass. Als nichtdeutsche Ehepartner oder als Kinder von nichtdeutschen Ehepartnern oder Aussiedlern warten sie auf ihre Einbürgerung und dürfen noch nicht wählen.

„Woher erfahre ich, was die Politiker und Parteien machen wollen?“ Alexanders Frage wirft Licht auf ein weiteres Hindernis: Parteiprogramme oder Presseberichte sind Aussiedlern ohne Sprachkenntnisse nicht zugänglich. Hinzu kommen all die Probleme, die nach der Einreise erst einmal bewältigt werden müssen. Wer eine Unterkunft suchen, Sozialhilfe beantragen und die Aufnahme in eine Krankenkasse regeln muss, hat kaum Zeit, sich mit Tagespolitik zu beschäftigen. Von der Einreise bis zur Bewilligung eines Sprachkurses verstreichen oft sechs bis zwölf Monate – die politische Orientierung muss da erst einmal warten.

Die Sprachbarriere ist auch für die Teilnehmer des Sprachergänzungskurses für junge Aussiedler in Köln-Kalk ein Problem. Die Aussiedler und so genannten Kontingentflüchtlinge (russische Juden, die nach sieben Jahren die deutsche Staatsangehörigkeit erhalten) sind über die anstehenden Wahlen informiert, kennen Parteien und Kanzlerkandidaten. Sven (24, Screen-Designer), Olga (23, Verkäuferin), Julia (22, Friseurin in Ausbildung) und Xenia (20, Ausbildung zur Kosmetikerin) haben den Sprachkurs bereits abgeschlossen. Sie erzählen abenteuerliche Geschichten vom Wahlverfahren in ihren Herkunftsländern. Julia berichtet von Wahllokalen ohne geschlossene Kabinen, bei denen an eine geheime Abstimmung nicht zu denken war. In Deutschland angekommen, hätte sie bereits an der Bundestagswahl von 1998 gern teilgenommen. Aber damals reichten ihre Deutschkenntnisse nicht aus, um sich zu orientieren. Die Bundestagwahl 2002 wollen alle vier auf keinen Fall versäumen. □

Annette von Czarnowski

info

Wer ist Aussiedler?

Als Spätaussiedler gelten nach dem Bundesvertriebenengesetze deutsche Volkszugehörige und ihre Familienmitglieder, die die ehemalige Sowjetunion nach 1992 verlassen und ein Aufnahmeverfahren durchlaufen haben. Deutschstämmige Immigranten aus anderen osteuropäischen Ländern wie Polen, Rumänien oder Ungarn müssen eine Diskriminierung auf Grund ihrer deutschen Volkszugehörigkeit beweisen, um als Aussiedler anerkannt zu werden.

Junge Aussiedler

Insgesamt sind rund 13.000 Aussiedler zwischen 18 und 24 Jahre alt. Damit entfällt auf diese Altersgruppe ein Anteil von ca. zwölf Prozent unter den Aussiedlern. Zum Vergleich: An der Gesamtbevölkerung hat sie einen Anteil von acht Prozent.



Marta, Film- und Wissenschaftsstudentin aus Sevilla, vor einem Wahlplakat zur Kommunalwahl in Frankfurt. Jeder zehnte Frankfurter ist EU-Ausländer und somit wahlberechtigt

Wo jugendliche Ausländer wählen

Sie dürfen Betriebsräte, Schüler- und Studentenvertretungen mitwählen, aber landes- oder bundespolitisch sind sie stimmlos. Immerhin: Für EU-Bürger gibt es inzwischen ein politisches Wahlrecht auf kommunaler Ebene, und die Einbürgerung ist erleichtert worden.

Die türkischen Freundinnen Gamze (20, Studentin), Berivan (20, Azubi) und Nalan (18, Azubi) sind in Deutschland geboren. Sie alle wollen die deutsche Staatsbürgerschaft beantragen, nicht zuletzt, um wählen zu können: „Ich fühle mich nicht als Ausländerin. Ich bin hier geboren und aufgewachsen. Was haben deutsche Jugendliche, was wir nicht haben? Wir leben zusammen und teilen viel, dann sollten wir auch zusammen wählen können“, meint Berivan.

Der 26-jährige gebürtige Franzose Paul lebt seit sechs Jahren in Deutschland. Er darf kommunal wählen, was er auch gut findet. Da er aber bei der letzten Wahl nicht wusste, dass er sich vorher registrieren lassen muss, hat er seine Chance verpasst. Sein Privileg als EU-Wahlberechtigter sieht er kritisch: „Ich denke, jeder, der hier seine Steuern zahlt, sollte auch in seiner Gemeinde wählen dürfen.“ So denkt auch Miroslav, der von seinen 30 Jahren schon 25 Jahre hier gelebt hat. Mit seinem jugoslawischen Pass darf er hier an keiner Wahl teilnehmen. „Es ist sicher schwer, zu entscheiden, schließlich sollten die Wahlberechtigten auch der deutschen Sprache mächtig sein. Aber dass auf kommunaler Ebene manche Ausländer wählen können und andere nicht, ist ungerecht.“ □

Mac Kasperek

info

Ausländische Mitbürger
Ende 2000 lebten in der Bundesrepublik circa 7,297 Millionen Ausländerinnen und Ausländer (8,9 Prozent der Gesamtbevölkerung). Davon stellen den Hauptanteil ca. 2,0 Millionen (27,4 Prozent) Türken, 1,872 Millionen (25,7 Prozent) EU-Ausländer (vor allem Italiener und Griechen), 662.000 (9,1Prozent) jugoslawische Staatsangehörige, 300.000 (4,1 Prozent) Polen, 216.000 (3,0 Prozent) Kroaten und 156.000 (2,2 Prozent) Bosnier. 1,61 Millionen (22,1 Prozent) aller Ausländer sind in Deutschland geboren. Ein Drittel aller Ausländer lebt schon 20 Jahre oder länger in Deutschland, 40 Prozent länger als 15 Jahre und über die Hälfte (55 Prozent) mehr als 10 Jahre. Ungefähr 1,1 Millionen Ausländer gelten als Flüchtlinge.
www.bundesauslaenderbeauftragte.de

Das Staatsangehörigkeitsrecht seit Januar 2000
Erwachsene Ausländer haben nach 8 (statt vorher 15) Jahren einen Rechtsanspruch auf Einbürgerung. Nachzuweisen sind Sprachkenntnisse, Verfassungstreue, Straflosigkeit und Unterhaltsfähigkeit. Im Jahr 2000 sind durch Einbürgerungsanträge und das neue Geburtsrecht über 247.000 Ausländer zu deutschen Staatsbürgern geworden (1999: 143.000). **www.bmi.bund.de**

Kommunalwahlrecht für Ausländer
Durch den Maastrichter Vertrag wurde der Grundgesetzartikel 28, Abs. 1, Satz 3 eingefügt. EU-Ausländer dürfen nun bei Kommunal- und Europawahlen aktiv und passiv teilnehmen, wenn sie ihren Wohnsitz zwischen drei und sechs Monaten (je nach Bundesland) im Wahlkreis haben und sich für die Wahlen haben registrieren lassen. Bislang genießen Nicht-EU-Ausländer kommunales Wahlrecht nur in den Niederlanden, Schweden und Irland. **www.wahlrecht.de**

Ausländerbeiräte
Schon seit den siebziger Jahren gibt es in vielen Gemeinden so genannte Ausländerbeiräte. Eingeführt als Gremien für Gastarbeiter, sind die Beiräte als Bestandteil der Gemeindeordnungen in Hessen und Nordrhein-Westfalen mittlerweile Pflicht. In 13 Bundesländern haben sich Vertreter von circa 400 Gemeindeausländerbeiräten zu Landesausländerbeiräten zusammengeschlossen, seit Mai 1998 gibt es auch einen Bundesausländerbeirat. **www.bundesauslaenderbeirat.de**

SCHAU BÜHNE

Wie Medien und Politik zusammenwirken

Der moderne Wahlkampf – nur noch Spektakel ohne Inhalte? Was sollen wir machen, sagen die Politiker, die Medien wollen „Events“. Was sollen wir machen, sagen die Journalisten, die Politik produziert Sprechblasen. Michael Bechtel ist dem Wechselspiel nachgegangen.

Bonn, Kurt-Schumacher-Straße 2. Dort, wo Politiker einst mit Journalisten Skat spielten, arbeiten heute die Wissenschaftler von „Medien Tenor“. Die 40 Mitarbeiter des Instituts analysieren seit 15 Jahren tagesaktuell Zeile für Zeile, Nachrichtensendung für Nachrichtensendung. Ihre Erkenntnis nach dem letzten Bundestagswahlkampf 1998: „Das hartnäckigste Gerücht über den Wahlkampf ist falsch: Die Kampagne 1998 war weit davon entfernt, inhaltsarm zu sein. Inhaltsarm war nur die Berichterstattung darüber.“

Die Aussagen der Parteien waren nach Meinung der Wissenschaftler recht konkret. Spitzenpolitiker brachten in den Medien in zwei Drittel aller Fälle ihr Thema präzise auf den Punkt. Wenn Journalisten Sachaussagen von Parteien wiedergaben, trafen sie nur jedes zweite Mal den Kern der Sache.

Klagen nicht gerade Journalisten immer, Wahlkämpfe seien inhaltsleer? „Vor allem einige Fernsehjournalisten haben sich dafür entschieden, dem Wahlkampf und dem ‚Rennen‘ der Spitzenkandidaten genauso viel Sendezeit einzuräumen wie sach-politischen Aussagen“, urteilt der Medienwissenschaftler Frank Brettschneider. „Damit haben sie selbst zu der von ihnen beklagten Ent-Thematisierung beigetragen.“ Beispiel: Im ZDF-heute-journal moderierte Alexander Niemetz einen Beitrag über die neue Wahlplattform der Union so an: „Natürlich wurden da heute eine Menge Inhalte präsentiert, zur Steuerpolitik, zur Ausländerpolitik, zur Arbeitslosigkeit. Der Haken ist nur: Viel Neues war in dieser Wahlplattform nicht auszumachen.“ Eine Wahlplattform, merkt Frank Brettschneider an, formuliert Vorstellungen über die Politik der nächsten Jahre. Die werden nicht im Wahlkampf als Neuigkeiten aus dem Hut gezaubert, sondern entspringen aus der Politik der vergangenen Jahre.

Immer noch mehr Zeit für die Spitzenkandidaten

Journalisten, die sich gelangweilt abwenden, verkennen die Bedürfnisse ihres Publikums. Das beobachtet nicht täglich das politische Geschäft, sondern will bei Bedarf informiert sein, etwa vor einer Wahl.

Medien wirken daran mit, sagen die Forscher, wichtige Themen außen vor zu halten. Umwelt? Längst out, langweilig! Die schwierige Lage des Gesundheitswesens? Viel zu kompliziert. Einkommens- und Vermögensverteilung? Entspricht nicht dem Zeitgeist, nur keine Neiddebatte! Lebens- und Familien-Planung junger Leute in Zeiten unsicherer



„Ein Politiker hat im Fernsehen meist nur ein paar Sekunden Zeit, um seine Botschaft rüberzubringen. Deshalb darf keine grelle Krawatte die Aufmerksamkeit der Zuschauer ablenken, und wer den Aufschwung verkünden will, darf nicht die Schultern hängen lassen.“
Sabine Schwind von Egelstein, Imageberaterin

SCHAU BÜHNE

Arbeitsverhältnisse? Kein Thema! Dramatisch wachsende Staatsverschuldung? Im Wahlkampf kaum beachtet, wo sie doch den Spielraum für vernünftige Entscheidungen nach der Wahl einengt. Personen stehen für Programme.

Im Mittelpunkt stehen die Matadore, die Spitzenkandidaten. Diese Entwicklung hat selbst die Grünen umdenken lassen, die noch nie einen Kandidaten besonders hervorgehoben haben. Im Wahlkampf 2002 werden sie die Scheinwerfer auf Joschka Fischer richten. Doch ganz neu ist das alles nicht. „Willy wählen!“ plakatierte die SPD schon vor 30 Jahren.

„Schauspielerisches Talent muss jeder Politiker haben“

Denn aufs Image kommt es an. Begünstigt von den Gesetzen der Mediendemokratie, schrieb Konrad Adam in der „Welt“, hat sich der Hang der Politiker zur Schaustellerei so sehr beschleunigt, dass nichts mehr ausgeschlossen ist. „Als Möllemann zum ersten Mal mit seinem Fallschirm vom Himmel fiel, wirkte das noch wie eine kleine Sensation; heute sieht kaum ein Mensch mehr hin.“ Die Mediengesellschaft, so Adam, verlangt nach immer härteren Drogen. Da waren für Schröder die TV-Studios von Biolek und Gottschalk hilfreich auf dem Weg ins Kanzleramt. Auch in Dieter Wedels ZDF-Produktion „Der große Bellheim“ ließ er sich ins Bild setzen.

Spitzenkandidaten sind also wichtiger als Programme? Für Matthias Machnig, Leiter der SPD-Wahlkampfzentrale Kampa 2002, ist eine Unterscheidung zwischen personalisiertem und inhaltsbezogenem Wahlkampf einfach nur herbeigeredet. „Personen werden wichtiger – aber ohne Themen sind sie inhaltsleer und nicht glaubwürdig,“ differenziert auch Peter Funk, zuständig für die Wahlwerbung der CDU. Das Beispiel Helmut Kohl scheint ihm recht zu geben. Der galt nie als faszinierende TV-Persönlichkeit und hat doch vier Bundestagswahlen gewonnen.

Personen stehen für Programme, und das war nie anders. „Menschen reduzieren Komplexität, indem sie sich auf Leitbilder konzentrieren“, weiß der Essener Politologe Peter Wippermann. „Die politische Auseinandersetzung läuft über den Spitzenkandidaten.“

Die „Macht der Darstellungskunst“, so der Politikwissenschaftler Thomas Meyer, gewinnt in der Politik kräftig an Boden. Wenn das rote Lämpchen an der Kamera aufleuchtet, soll der Politiker souverän, gelassen, versöhnlich und kompetent sein. Keine aufgeregten langen Sätze, nicht stottern, kleine Gesten, sich nachdenklich zeigen, ehrliche Sorgenfalten auf die Stirn legen. Niemals laut werden, beiläufig sprechen, so wie man guten Freunden etwas erzählt.

Eine Tele-Rhetorik, die in weniger als zehn Sekunden die Botschaft zum Zuschauer bringt, gilt als Schlüssel zum Wahlerfolg. „Soundbites“ nennen die Medienprofis diese Info-Schnipsel, mit denen in wenigen Worten auch Nichtssagendes als herausragende Nachricht verkauft wird.

„Personen werden wichtiger – aber ohne Themen sind sie nicht glaubwürdig“

Schauspielerisches Talent muss jeder Politiker haben, meint TV-Regisseur Heinrich Breloer. „Spin-Doctors“ nennt man jene Experten, die das Drehbuch für die Inszenierung, die Auftritte und Posen, Themen und Sprache, bis hin zu den Gesten entwerfen, denen der Darsteller zu folgen hat. „Spin-Doctors machen die Politik zur Show“, lautete 1998 die Schlagzeile eines Artikels.

Die Machtverschiebung von den Parteien zu den Medien zeigte sich 1998 deutlicher denn je. Parteimitglieder und Parteigliederungen hätten nicht mehr viel zu sagen, meinte Albrecht Müller, der im Auftrag der Landesanstalt für Rundfunk Nordrhein-Westfalen (LfR) den Wahlkampf beobachtete. „Die Medien wirken an der Willensbildung mit", könne Artikel 21 des Grundgesetzes eigentlich lauten. „Die Talkshow ersetzt den Ortsverein."

Sich nur über platte Wahlslogans der Plakate und Spots zu ärgern, bringt wenig. Unzulässige Vereinfachung im Stile der Waschmittelreklame, lautet der Vorwurf seit Jahrzehnten. „Wahlwerbung kann nur vereinfachen und zeigen, wo eine Partei Position bezieht,“ meint Sven John, Chef des Teams für die Wahlkampagne der FDP. Wer sein Parteiprogramm nicht auf Kernaussagen zusammenkürzen kann, hat im Rennen um die Wählerstimmen vom Start an auf das falsche Pferd gesetzt.

Das haben auch die Grünen gelernt. „Wir suchen Slogans, die knackig klingen, aber nicht vom Inhalt der Programme entfernt sind. Das Ziel ist, sie zu verdichten, ohne die Glaubwürdigkeit zu gefährden,“ erklärt Cornelius Stettner, der die Kampagne der Grünen koordiniert. Dabei darf die Werbung durchaus Emotionen wecken, um wahrgenommen zu werden, ergänzt Peter Funk, der die Kampagne der CDU betreut.

Moderne Wahlkämpfe, dies gilt für Clinton in den USA ebenso wie für Blair in England und Schröder in Deutschland, haben es verstanden, auf die veränderten Bedingungen einzugehen, sagen die Wissenschaftler. Zur Folge hatte das nicht nur eine gewonnene Wahl, sondern außerdem in allen drei Ländern deutlich höhere Wahlbeteiligungen als bei den vorhergehenden Wahlen. Einfach weil mehr Menschen als zuvor verstanden haben, worum es ging. „Die Leute sind heutzutage wirklich gut informiert, und man kann ihnen deshalb kein X für ein U vormachen“ – meint der Politik-Oldie Heiner Geißler. „Deswegen werden Wahlen auch nicht durch das Geschrei in den Talkshows gewonnen.“ □

...mehr zum Thema bei fluter.de



Wahlkampf hat seinen Preis: 1998 gaben SPD und CDU jeweils rund 27 Millionen Euro für den Bundestagswahlkampf aus. In diesem Jahr soll gespart werden

Hans Jürgen Beerfeltz: **„... sich gegen Coca Cola behaupten“**

Der Bundesgeschäftsführer der FDP und ehemalige Vizepräsident der Bundeszentrale für politische Bildung über die Inszenierung von Politik und die Konkurrenz mit der Werbung

Ist die Politik reines Theater und Event-Management? Oder findet die Inszenierung nur in den Medien statt?

Die Medienentwicklung macht die Gesetze, zwingt zur „Bilder-Produktion“. Im Wettbewerb um Aufmerksamkeit müssen wir einerseits die Botschaften gut darstellen und andererseits zugleich schön verpacken, sonst wird die Botschaft in den Medien nicht transportiert.

Ist die gekonnte Inszenierung die eigentliche Botschaft? Beweisen Politiker nur so ihre Kompetenz?

Natürlich nicht, dann wäre die Inszenierung nicht gelungen. Wir wollen ja gerade ein Fenster für Aufmerksamkeit öffnen, darin Inhalt zeigen. Das gilt auch für die Auftritte zum Beispiel in Game-Shows. Das sind heute die Marktplätze der Mediendemokratie. Und Politiker müssen zu den Menschen auf den Marktplätzen gehen.

Wie weit ist die Professionalisierung im Wahlkampf fortgeschritten?

Inzwischen extrem weit. Das hängt aber auch damit zusammen, dass die Werbung einer Partei nicht nur mit der Werbung der anderen Parteien konkurriert, sondern mit jeder Form von Werbung. Unsere FDP-Plakate müssen sich professionell eben nicht nur gegenüber Rot-Grün behaupten, sondern auch gegenüber BMW und Coca-Cola.

„Willy wählen!“ plakatierte die SPD vor 30 Jahren – wie steht es um die Personalisierung in der Politik?

Je stärker das Fernsehen zum beherrschenden Medium wird, desto größer ist die Rolle der Personalisierung. Ein Programm wird eben über Köpfe transportiert. □

Das Gespräch führte Anita Steinseifer

ÄLTESTEN RAT

Norbert Blüm: **„Selten kämpft auf der Erde die Partei der Teufel gegen die Partei der Engel“**

Der ehemalige Bundesarbeitsminister (CDU), Jahrgang 1935, sieht Politiker als Dienstleister, die in der „neuigkeitsgeilen Medienwelt“ mehr Ausdauer benötigen



Politiker sind immer im Dienst. Selbst in der Badehose bist du öffentlich. Das ist die perfekte Bloßstellung des Menschen. Politiker müssen einerseits immer auf der Hut vor öffentlicher Aufmerksamkeit sein; andererseits: Ohne öffentliche Aufmerksamkeit bist du ein toter Mann.

Demokratie findet in endlosen Sitzungen, Konferenzen, Kommissionen, Arbeitskreisen, Vorständen und Kongressen statt. Demokratie ist langsam. Diktatur dagegen ist schnell, dafür macht sie auch schneller Fehler. Demokratie ist learning by doing. Diktatur ist lernunfähig.

Ein neuer Vorschlag muss in der Demokratie durch tausend Gremien geschleppt werden, bevor er die Chance hat, dass über ihn entschieden wird. Und wenn du deinen Vorschlag in der 25. Sitzung zum 30. Mal erklärt hast, kannst du dich selber nicht mehr hören. Denn so originell und kreativ ist niemand, dass er dieselbe Sache immer wieder neu darstellen kann. Andererseits kann es passieren, dass in der 18. Sitzung ein wirklich beachtenswerter Einwand gemacht wird.

Moderne Demokraten geraten leicht in die Versuchung, sich selbst Entlastung von Inhalt durch Marketing zu verschaffen. Der Spruch steht für die Tat, und wer den schönsten Spruch macht, hat gewonnen. Wir leben in einer virtuellen Welt. Das Medium ist die Botschaft. Die Überschrift ersetzt den Text: „Ich bin bereit!“ Wozu, wird nicht mehr gefragt.

Demokratische Machtwechsel vollziehen sich friedlich. Demokratie ist Herrschaft auf Zeit. Das ist eigentlich gegen die Natur von Herrschaft. Herrschaft will Ewigkeit. Es bedurfte einer großen Dressur der menschlichen Spezies, Herrschaft ohne Not abzugeben.

Erst der Demokratie glückte dieser Menschenversuch. Doch auch die friedfertige Herrschaftsabgabe ist nicht schmerzfrei. Loslassen ist eine schwere Übung. Eltern müssen ihre erwachsenen Kinder loslassen, der Bauer den Hof, der Politiker die Macht. Manche müssen aus dem Amt gezerrt werden und verletzen sich dabei. Andere lassen aus Bequemlichkeit oder Feigheit zu früh los oder sind wehleidig und selbstverliebt der Härte des Kampfes in der Politik nicht gewachsen oder überdrüssig.

Politik ist ein schöner Beruf. Er hat es mit Menschen zu tun. Mit Menschen haben es auch andere Berufe zu tun. Eine Krankenschwester, die einen Patienten behandelt, eine Verkäuferin, die einen Kunden bedient, sind in der gleichen Branche der Dienstleistungen zu Hause wie die Politiker. Wer will schon dienen? Obwohl die Amtsbezeichnung eines Ministers zu deutsch „Diener“ ist. Politiker verlieren leicht die Gesichter aus den Augen, denen sie sich zuwenden. Die Krankenschwester erfährt direkt, wie ihre Arbeit wirkt, der Politiker selten. Strukturen haben kein Gesicht. Sie sind anonym. Es bedarf der Ausdauer, sich Schritt für Schritt dem Ziel zu nähern. Aber einen anderen Weg für Fortschritt gibt es nicht.

Nur Revolutionäre verändern mit einem Knall die Welt. Der lange Weg des Fortschritts verlangt viel Geduld, auf dass aus tausend Schritten die Linie einer Wegstrecke klar wird. Das fällt zunehmend schwerer in einer neuigkeitsgeilen Medienwelt.

Die Mehrheit der politischen Entscheidungen sind Güterabwägungen. Selten geht es um die einfache Alternative zwischen Bös und Gut, und selten kämpft auf der Erde die Partei der Teufel gegen die Partei der Engel.

Helmut Schmidt: **„Lasst uns die wichtigtuerischen Politiker mit ihren schlauen Redensarten verachten“**

Der Altbundeskanzler (SPD), Jahrgang 1918, fordert Streitlust und mehr Wachsamkeit



Die Entscheidungsspielräume in der Politik sind heute klein, es handelt sich zumeist nur noch um Ausführung von Gesetzen und um Kontrolle der Verwaltung. Die Zeit der großen Krisen der Nachkriegszeit ist vorbei. Krise bedeutet Gefahr und Chance zugleich, die Krise erweist die Stärke des Charakters.

Aber Würde und Stil der Politiker entscheiden auch heute, in „normalen“ Zeiten, und ebenso in Zukunft immer wieder über deren Vertrauenswürdigkeit und damit über die Zukunft unserer Demokratie.

Wenn aber die politische Klasse – Politiker und Journalisten – den Eindruck erweckte, persönliche Eitelkeit und Geltungsbedürfnis, Erfolgs- und Karrierestreben stünden ihr höher als die Verantwortung, wenn den Politikern die Tapferkeit fehlen sollte, notfalls auch gegen populäre Strömungen in der Öffentlichkeit zu stehen, dann stünde es schlecht um uns. Lasst uns deshalb den Opportunismus überall bekämpfen, in den Parlamenten, in den Delegiertenversammlungen, in den Medien.

Lasst uns die wichtigtuerischen Politiker verachten, die im Fernsehen nur danach trachten, uns möglichst oft möglichst angenehm aufzufallen, ohne eigene Inhalte anzubieten. Wählen wir statt dessen Männer und Frauen aus, die sich ihre eigene Meinung bilden können und diese mit Verstand und Tapferkeit vertreten.

Lasst uns nicht vergessen: Damit in der Demokratie die Gegensätze wie auch die Skandale wirklich ans Tageslicht kommen, deshalb kann Demokratie keine Veranstaltung der Harmonie, sondern immer nur eine streitige Auseinandersetzung sein. Dabei fallen auch scharfe Worte.

Aber unterscheiden wir sorgfältig zwischen denen, die uns zu jedem Thema und zu jeder Tageszeit mit schlauen Redensarten, mit bloßen Schlagworten und mit wichtigtuerischer Taktik einwickeln wollen, und jenen anderen, welche ihre eigene, mit Sorgfalt erarbeitete Meinung vortragen. Lasst uns also bei jedem Streit sorgfältig unterscheiden zwischen taktischer Schläue und politischem Führungsangebot, zwischen bloßer Demagogie und persönlicher Glaubwürdigkeit.

PRÜF STEINE









Wahlplakate im Wandel der Zeit...

... von 1949 bis 1998 gibt es als Plakat und auf einer CD-Rom mit dem Titel: „Wahlanalyse und Wahlprognose 2002“, herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb). Die vier oben abgebildeten Plakate sind Beispiele daraus: von der SPD aus dem Jahr 1961, von der CDU aus dem Jahr 1976, von den Grünen aus dem Jahr 1983 und von der FDP aus dem Jahr 1969. Unter www.bpb.de/aktuelles/html/wahlanalyse.html kann die CD-Rom gegen eine Schutzgebühr von 1,50 Euro online bestellt werden.

Worum es bei der Bundestagswahl geht

„Wie bekomme ich meinen Wunsch-Arbeitsplatz?“ „Was kann der Staat dafür tun?“ – „Wie lange ist die Wehrpflicht noch so ungerecht geregelt?“ – „Wie können die Schulen besser ausgestattet werden?“

Das sind Beispiele von Fragen an die Politik – gestellt von jungen Leuten, die am 22. September zum ersten Mal zur Wahl gehen können. fluter hatte 20 von ihnen eingeladen, um über ihre „Wahlprüfsteine“ zu diskutieren. Ein Ergebnis waren Fragen, die Jugendliche an Parteien und Bundestagskandidaten stellen würden – zum Beispiel zum Thema Wehrpflicht. Ein Sachbericht folgt auf der nächsten Seite – verbunden mit ihren wichtigsten zehn Fragen an die Politik. Wer sich entscheiden will, muss Fragen stellen.

PRÜF STEINE

Zum Beispiel: Bundeswehr – Wehrpflicht – Zivildienst

Wohin marschiert die Bundeswehr? Tarek Chafik von der Hessischen-Niedersächsischen Allgemeine (HNA) in Kassel sagt, worum es geht, und wo es unterschiedliche Positionen gibt

Wehrpflicht oder nicht? Das Bundesverfassungsgericht hat Anfang März entschieden: Es bleibt aus rechtlicher Sicht alles beim Alten. Die Politik müsse entscheiden. Die Wehrpflicht ist damit zum Wahlkampfthema geworden.

Die Frage beschäftigt Politik und Öffentlichkeit, seitdem klar ist, dass nach dem Ende des Ost - West - Konfliktes die klassische Landesverteidigung weniger bedeutsam ist. Statt dessen hält ein Großteil der politischen Kräfte eine Armee für notwendig, die darauf vorbereitet sein muss, im Ausland eingesetzt zu werden.

„Nur die Wehrpflicht verhindert, dass das Militär ‘Staat im Staate’ wird“

Für die Befürworter der Wehrpflicht bestätigt das Urteil des Bundesverfassungsgerichts die erfolgreiche Geschichte vom „Staatsbürger in Uniform“. Sie sind überzeugt, damit verhindert zu haben, dass sich das Militär in Deutschland zu einem „Staat im Staat“ entwickelt hat. Dabei spielt die historische Erfahrung mit der Reichswehr aus der Weimarer Republik eine Rolle. Damals war das Militär ein Sammelbecken von antidemokratischen Kräften und hatte den Nazis den Weg geebnet. Die Armee als ein Fremdkörper innerhalb der Gesellschaft – das werde durch die Wehrpflicht ausgeschlossen, weil durch sie ein ständiger Austausch von Teilen des militärischen Personals garantiert sei, sagten die Begründer der Bundeswehr und der Wehrpflicht nach 1945. An diesem Konzept habe sich auch nach Ende des Kalten Krieges nichts geändert, sagen die Befürworter heute. Weitere Argumente: Die Wehrpflicht garantiere den militärischen Nachwuchs; nur der „Staatsbürger in Uniform“ könne verhindern, dass sich die Armee von der Politik beliebig einsetzen lasse; die Fähigkeit zur Mobilmachung und zur Verstärkung der Bundeswehr auf 500.000 Soldaten im Spannungs- oder Verteidigungsfall könne ohne Wehrpflicht nicht erreicht werden.

Vor allem die Sozialdemokraten und die Unionsparteien hatten in der Vergangenheit die Wehrpflicht verteidigt. Inzwischen gibt es aber auch innerhalb der SPD Stimmen, die ein Ende der „Inpflichtnahme“ fordern. So sprachen sich kurz vor dem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes die stellvertretende Bundesvorsitzende der SPD, Renate Schmidt, und auch der hessische SPD-Landesvorsitzende Gerhard Bökel für eine Berufsarmee aus. Anders der SPD-Vorsitzende und Bundeskanzler Gerhard Schröder: Er stellte klar, dass sich die SPD für die Beibehaltung der Wehrpflicht ausspricht. Einheitlich dagegen die Unionsparteien: Kanzlerkandidat Edmund Stoiber (CSU) sagte, eine Bundeswehr mit 300.000 Soldaten, darunter 100.000 Wehrpflichtige und 200.000 Berufs- und Zeitsoldaten, sei „militärisch und von der Bedrohung her unumstößlich“. Nach jetziger Planung hat die Bundeswehr 282.000 Soldaten, davon 82.000 Wehrpflichtige.

Anders die kleinen Parteien – Bündnis 90 / Die Grünen, FDP, PDS: Zum einen sehen sie die Wehrgerechtigkeit nicht mehr erfüllt, weil keineswegs alle jungen Männer eines Jahrganges gezogen würden. Vor diesem Hintergrund lasse sich die Einberufung nicht mehr rechtfertigen. Eine große Truppe mit vielen Soldaten sei nicht zeitgemäß; stattdessen bedürfe es einer kleinen Armee mit gut ausgebildeten Soldaten: Ob in Kabul oder in Mazedonien, gefragt seien Spezialisten in Uniform und keine Soldaten, die nach wenigen Monaten wieder zu Zivilisten werden.

Auch außerhalb der Parteien gibt es zahlreiche Kritiker, die keine militärische Rechtfertigung für ein Festhalten an der Wehrpflicht sehen: Die Aufgabe der klassischen Landesverteidigung sei hinfällig geworden, meint zum Beispiel ZEIT-Chefredakteur Josef Joffe, seitdem Deutschland „von Freunden umzingelt ist“. Und: „Der stabile Kern der Bundeswehr besteht bereits heute aus Berufssoldaten, ist aber gleichzeitig noch so differenziert (Drei- bis Zehn-Jahresverträge), dass ein ständiger Austausch mit der Gesellschaft stattfindet“, so der Friedensforscher Ekkehard Krippendorf. Anders der CDU-Verteidigungsexperte Paul Breuer. Kurz vor der Entscheidung des Verfassungsgerichtes sagte er, ein Ende der Wehrpflicht würde zu einer „negativen Sozialauslese“ in der Bundeswehr führen.

Inzwischen laufen aber allenthalben Vorbereitungen für den Fall, dass die Wehrpflicht irgendwann fällt oder die Dienstzeiten weiterhin verkürzt werden: In den Ausschüssen des Bundestages werden Modelle diskutiert, wie die so genannten Freiwilligendienste (Freiwilliges soziales oder ökologisches Jahr) für junge Menschen attraktiver gemacht werden können.

Man will vorbereitet sein: Fällt die Wehrpflicht, werden nämlich auch jede Menge Zivildienstleistende fehlen, ohne die vor allem dem Gesundheitswesen der Kollaps droht. Einen Ausbau der Freiwilligendienste halten deswegen viele für notwendig. Davon abgesehen steigt die Zahl der Zivildienstleistenden kontinuierlich: Im vergangenen Jahr haben insgesamt 182.420 junge Männer den Dienst mit der Waffe verweigert, 10.000 mehr als noch im Jahr 2000. Sie müssten durch hauptamtliches Pflegepersonal oder Freiwillige ersetzt werden, sollte die Wehrpflicht nicht mehr gelten.

Entscheidend dabei ist die zentrale Frage nach den künftigen Aufgaben der Bundeswehr. Bereits 1994 entschied das Bundesverfassungsgericht, dass sich deutsche Soldaten an Einsätzen außerhalb des Bündnisgebietes beteiligen können, wenn der Bundestag seine Einwilligung gegeben hat. Sechs Jahre später empfahl eine Expertenrunde unter Vorsitz von Richard von Weizsäcker eine radikale Neuausrichtung der Bundeswehr. „Messgröße für die neue Bundeswehr ist die Fähigkeit zur gleichzeitigen und zeitlich unbefristeten Beteiligung an bis zu zwei Kriseneinsätzen“, heißt es darin. Und im Frühjahr 2001 präsentierte das Verteidigungsministerium die Eckdaten der größten Reform in der Geschichte der Bundeswehr: Die Truppe soll kleiner, besser ausgebildet und ausgerüstet werden, es ist der Wandel von einer „Heimwehr“ zu einer „schnellen Eingreiftruppe“. Seitdem streiten sich Regierung und Opposition vor allem um die Frage der Finanzierung dieses Projektes; der Bundeswehrverband und die Unionsparteien wollen mehr Geld für die Streitkräfte.

„Gefragt sind Spezialisten in Uniform und keine Soldaten, die nach wenigen Monaten wieder zu Zivilisten werden“

Für weiteren Konfliktstoff sorgt die Frage, wer über einen Bundeswehreinsatz im Ausland entscheiden soll. Nicht erst seit dem 11. September wird von den großen Parteien die Kritik an dem so genannten „Parlamentsvorbehalt“ laut. Vorbild hierfür sind die USA. Bündnis 90/Die Grünen sowie die FDP wollen an einer „Parlamentsarmee“ festhalten. Nach den Vorstellungen der Unionsparteien sollen Auslandseinsätze deutscher Soldaten künftig durch ein „Entsendegesetz“ geregelt werden. Außerdem könne ein solches Gesetz den Einsatz der Bundeswehr im Inneren regeln, wonach „in besonderen Gefährdungslagen“ der Bundeswehr Aufgaben zu übertragen, die bislang nach der Verfassung ausschließlich in der Zuständigkeit von Polizei und Bundesgrenzschutz liegen. □

Zehn Fragen an die Politik zu Bundeswehr und Zivildienst

1. **Wie sollte die Bundeswehr in der Zukunft aussehen? Soll sie Teil einer „Weltpolizei“ werden?**
2. **Warum müssen nicht alle, die eingezogen werden, ihren Dienst leisten? Warum gilt das nur für diejenigen, die den Kriegsdienst verweigern?**
3. **Warum müssen Frauen keinen Dienst leisten?**
4. **Warum bekommen alle, die zur Bundeswehr gehen oder Zivildienst machen, den gleichen Lohn, auch wenn sie völlig unterschiedlich eingesetzt werden?**
5. **Kann es sein, dass ich als Wehrpflichtiger zu einem Auslandseinsatz gezwungen werde?**
6. **Kann es sein, dass ich als Wehrpflichtiger gezwungen werde, die Polizei zu unterstützen?**
7. **Wer übernimmt bei einer Abschaffung der Wehrpflicht die Arbeit der Zivildienstleistenden?**
8. **Wie würde sich die Abschaffung des Zivildienstes finanziell auswirken?**
9. **Was kostet eine Modernisierung der Bundeswehr?**
10. **Wie könnte garantiert werden, dass eine Berufsarmee in der Gesellschaft verankert bleibt?**

Antje Vollmer: **„... von den Medien gedemütigt, von der Regierung benutzt und von der Bevölkerung nicht anerkannt“**

Die Vizepräsidentin des Deutschen Bundestags fordert die Politiker auf, Medien mit ihren eigenen Waffen zu schlagen, das Parlament als Gegenpol zum Fernsehen zu begreifen

Keine Frage: Die Deutschen mögen ihr Parlamentsgebäude. Täglich pilgern in Berlin die Besucherscharen dorthin, an Wochenenden reicht die Warteschlange oft einige hundert Meter weit. Doch entspricht das öffentliche Interesse an der Reichstagskuppel dem Interesse an den Debatten, die darunter stattfinden? Leider nicht. Doch wie kann das Parlament eine neue Wirkung entfalten?

Die erste Antwort lautet: Das Parlament muss in der modernen Mediendemokratie ankommen. Die hitzigsten und aktuellsten politischen Diskussionen finden zurzeit aber in Talkshows statt: als Auftakt der Parlamentswoche bei Sabine Christiansen, am Abend nach großen Parlamentsentscheidungen, die meist am Donnerstag fallen, bei Maybrit Illner. Zwar treten auch hier Abnutzungseffekte ein – es agieren die immer gleichen circa 25 Politiker, die auf die immer gleichen Show-Effekte setzen. Aber dies kommt dem Bundestag nicht zugute, weil es dort genauso abläuft, nur noch zeitraubender.

Das Parlament muss deshalb wieder mehr Arena sein und einen stärkeren Gegenpol zum Fernsehen bilden. Dazu muss es aber die Technik der Zuspitzung wirksamer einsetzen. So sind am Donnerstag, in der parlamentarischen Kernzeit, die wichtigsten Debatten zu bündeln. Der Donnerstag muss als „Tag des Parlaments“ Themen verdichten, sodass alle Abgeordneten im Plenum sein wollen und die Presse sich auf Debatten von Bedeutung und Qualität konzentrieren kann.

Eine weitere wichtige Technik der Zuspitzung bietet die Regierungsbefragung. Wie im englischen Parlament müssten dann Kanzler und Minister persönlich anwesend sein und zu aktuellen Sachverhalten öffentlich Rede und Antwort stehen. Ein Parlament, das auf gleicher Augenhöhe und tagesaktuell mit der Regierung agiert, wird wieder mehr Achtung erlangen.

Es bedarf letztlich einer Mischung aus Rebellion der Abgeordneten, Reform der parlamentarischen Abläufe und eines gehörigen Schubs an Selbstbewusstsein, um den deutschen Parlamentarismus attraktiver zu gestalten. „Alle Macht geht vom Volke aus“ bedeutet im Zeitalter der Medienbilder auch: Das Parlament ist immer nur so stark wie sein Image und sein Respekt in der Bevölkerung. Der Tiefpunkt, der schlimmste anzunehmende Zustand, wäre ein Parlament, das ohne Selbstbewusstsein auftritt: von den Medien gedemütigt, von der Regierung benutzt und von der Bevölkerung nicht anerkannt. Denn trotz aller Talk- und Expertenrunden: Das Parlament ist immer noch die beste Arena zur Diskussion und Verarbeitung gesellschaftlicher Konflikte.



Herbert Riehl-Heyse: **„Die wichtigsten Einschätzungen hat das Volk längst in der Talkshow der Frau Christiansen erfahren“**

Der Münchner Journalist und Buchautor beobachtet seit Jahren das Innenleben unserer Parteien. Seine Diagnose: Ihre gemächlichen Rituale können mit dem Tempo nicht mithalten, das die Medien vorgeben.

Es steht außer Zweifel, dass die Parteien in der Krise sind – und die Gründe sind auch kein Geheimnis. Einer der wichtigsten ist der Bedeutungsverlust nationaler Politik, der sich unmittelbar auswirkt auf die Bedeutung der Parteien: Wenn die Abschaffung der Mark nicht vom Bundestag beschlossen wird, sondern von vielen Gipfelkonferenzen in europäischen Städten, deren Namen man sich nicht merken kann, dann registriert irgendwann auch der Ortsverband Wuppertal Süd, dass es keinen Sinn hat, über die Sache einen eigenen Beschluss herbeizuführen.

Auch weil das so ist, bleiben – nicht nur in Wuppertal – immer mehr Leute zu Hause, wenn sie zu Wahlen aufgerufen werden; und immer mehr Junge haben für ihre Abende eine bessere Verwendung, als sie bei Versammlungen in Ortsvereinen, Unterbezirken und Bezirken zu verbringen. Nicht nur Skeptiker erkennen in alledem auch ein immer geringeres Interesse des Staatsvolks an der Demokratie: Der Staat soll für Arbeitsplätze sorgen, irgendwie, und dafür, dass in die deutschen Hochhäuser keine Flugzeuge von Selbstmördern rasen. Wie er das hinbekommt, ist seine Sache.

Vielleicht sind die Parteien ja gerade dabei, sich zu überleben, während sie gleichzeitig immer noch glauben, sie müssten Chefärzte städtischer Krankenhäuser auswählen und ZDF-Intendanten. Zwei Schlüsselwörter gibt es: Das eine heißt langsam und will sagen, dass die Entscheidungen in der beschleunigten Gesellschaft ein ganz anderes Tempo verlangen, als sie von den gemächlichen Ritualen einer Partei angeboten werden.

Das andere Schlüsselwort heißt Kommunikation – und meint den Verdacht, dass die alte Rolle der Parteien ausgespielt ist, in der sie als Transmissionsriemen, als verbindendes Element, zwischen den Leuten auf der Straße und den Staatsmännern auf den Regierungs- und Oppositionsbänken dienten.

Heute brauchen die Politiker diese Vermittlung nicht mehr: Sie haben ja, wie der Bundeskanzler das gerne nennt, „die Glotze und Bild“, wenn sie mit ihren Botschaften das Volk erreichen wollen. Das Volk seinerseits braucht sich von seinem Genossen Abgeordneten in der Ortsvereinssitzung nicht mehr erklären zu lassen, wie in Berlin die sicherheitspolitische Lage eingeschätzt wird: Das Nötigste hat es längst in der Talkshow der Frau Christiansen erfahren.

... zu Fluter Nr. 2: „Sicher leben“

Ungleich
Wie ein roter Faden zieht sich durch das Heft die Bekämpfung des Terrorismus, genauer gesagt, die technische Seite der Bekämpfung. Es wäre besser, ein Teil der Milliarden Gelder, die für angebliche Sicherheitspakete verschleudert werden, zur Überwindung der auf Ausbeutung und Unterdrückung beruhenden Ungleichheiten auf der Welt auszugeben.

Dieter Mengwasser, per E-Mail

Beruhigt
So ganz kann ich dem in der Reportage abgebildeten Foto nicht folgen: Textlich schreiben Sie, dass Bundesgrenzschützer alles im Blick behalten. Bildlich jedoch unternehmen die Grenzschützer anscheinend nichts gegen das Verladen von Küppers Kölsch kartonweise! Wie passt das zusammen? Beruhigt Alkohol die Gemüter? Wenn ja: Warum lässt man dann in den Stadien diese Beruhigungspille zu?

Rainer Jäger, Freiburg

Aufspüren
Auf den Kommentar von Lord Ralf Dahrendorf hätten Sie besser verzichten sollen. Die pauschale Diskriminierung philosophischer Ansätze des Islam auch noch in derart heftiger Form macht den an sich guten Gesamteindruck Ihres Magazins wieder zunichte. Im Übrigen: Wenn BND, BKA etc. psychologische Werkzeuge in der Hand haben, Schläfer aufzuspüren, wieso setzen sie die nicht auch bei Kinderschändern ein?

Bernhard Falk, Dresden

Anvertraut
Zum Thema „Bodyguard bzw. Personenschutz“ gibt es eine Anmerkung: Vor einiger Zeit las ich im „Spiegel“, dass beim Bundeskriminalamt zahlreiche Personenschützer tätig sind, die vormals als Angehörige des Staatssicherheitsdienstes der früheren DDR auch dort in der gleichen Funktion tätig waren. Für mich war dies völlig unverständlich, da es sich doch bei den „DDR-Personenschützern“ um politisch sehr zuverlässige und besonders ausgesuchte SED-Parteigenossen handelte. Ist es nicht ein großes Risiko, diesen Personen die Sicherheit unserer führenden Politiker anzuvertrauen?

Karl-Heinz Tetzel, Calw
Anmerkung der Redaktion: Laut Bundeskriminalamt (BKA) stimmt der Verdacht nicht.

Einseitig
Mit besonderer Aufmerksamkeit habe ich den Bericht zum Thema „Fan Fracht“ gelesen. Dabei ist mir einiges bitter aufgestoßen, denn die Darstellung von Polizei bzw. des BGS als Beschützer von Fußballfans kann ich nicht nachvollziehen. Ich bin 21 Jahre alt und verfolge seit frühester Kindheit die Geschehnisse rund um den 1. FC Union Berlin und begleite diesen Club seit vielen Jahren durch das ganze Land und auch durch Europa zu Auswärtsspielen. Daher sind mir die Ereignisse mit und die Behandlung von Fußballfans nicht fremd, und oft genug habe ich erfahren müssen, wie Fußballfans kriminalisiert werden.

Daniel Lange, Berlin

Lehrreich
Wir wollten der Fluter-Redaktion einfach mal ein großes Lob aussprechen! Diese Zeitschrift ist echt gelungen. Die Themen werden alle auf den Punkt gebracht, sind informativ und lehrreich. So eine Zeitschrift für Jugendliche hätte schon viel früher erscheinen sollen. Als wir die Zeitschrift in der Schule mithatten, erregte sie bei den Mitschülern und Lehrern gleich ein sehr großes Interesse. Wir würden uns auch gerne mal mit anderen Fluterlesern unterhalten, deshalb unsere E-Mail-Adressen:
irtek.1988@web.de oder
flyhigh3000@web.de

Birte und Jule per E-Mail

Leserbriefe an:
Redaktion fluter
Friedrich-Ebert-Straße
51429 Bergisch Gladbach
oder per E-Mail:
leserbriefe@fluter.de

Die Redaktion bedankt sich für alle Zuschriften und E-Mails. Redaktionelle Kürzungen sind häufig unvermeidbar.

... zur Ankündigung für diese Ausgabe

Zugeben
Es wäre sehr positiv, wenn Politiker durch Entscheidungen und ihr Verhalten dem Wähler wieder den Eindruck vermitteln würden, dass sie es ehrlich meinen. Dazu gehört auch, dass man unpopuläre Entscheidungen trifft, die auch gegen die eine oder andere Interessengruppe gerichtet sind. Dass man politische Fehler zugibt, auch ohne von der Gegenpartei darauf aufmerksam gemacht zu werden.

Patrick Baltes, Merchweiler

Kränkeln
Politik kränkelt doch schon seit Jahrzehnten. Verlogen, verkauft, abgesprochen usw., das sind doch alles Begriffe, die heute wie früher gang und gäbe sind im täglichen Politikeralltag. Vor laufender Kamera bekämpft man sich aufs Messer, um anschließend schiedlich-friedlich ein Bier miteinander zu trinken. Politik vermittelt nichts mehr! Wie soll sich denn der „Neuwähler“ für eine Partei entscheiden? Große Unterschiede sind kaum noch auszumachen, bei so vielen krummen Dingern (Spendenaffären...) verstehe ich die Nichtwähler.

Matthias Seewald, Gütersloh

Endlich
Ich freue mich fast schon ein bisschen darauf, in vier Jahren wählen zu gehen. Dann habe ich endlich die Möglichkeit, wenigstens ein bisschen mitzubestimmen. Ich kann die Leute nicht verstehen, die sagen: „Ich habe ja nur eine einzige Stimme, wie soll die etwas verändern?“ Denn was wäre, wenn alle so denken würden?

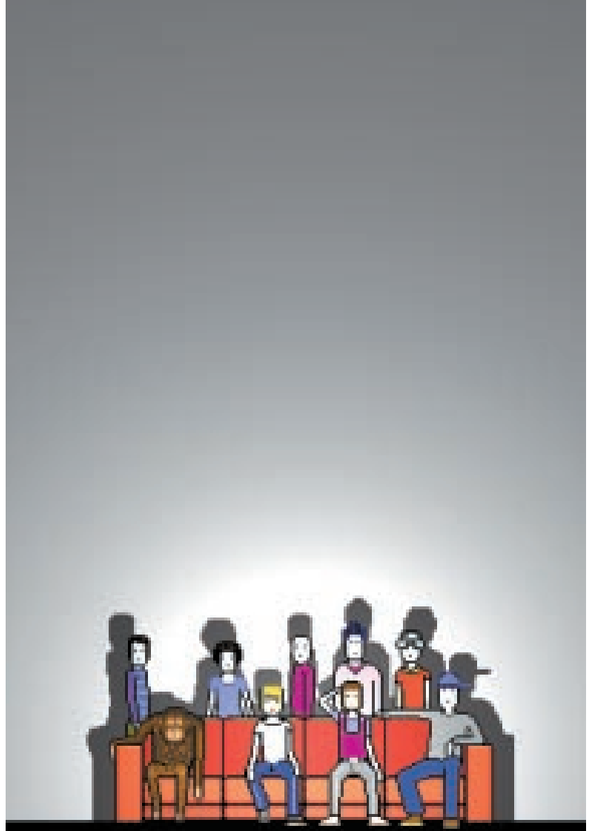
Lena per E-Mail

Das schwierige Zusammenwachsen ...

Zum Arbeiten oder nur zum Tanken nach Polen? Die „unbekannten Nachbarn“ wollen in die EU. Wie werden wir sie empfangen? Europa wird größer. Sind wir darauf vorbereitet?

Wie ist Ihre Meinung?
Die nächste Ausgabe widmet sich dem Thema Polen und der EU-Osterweiterung. – aus der Sicht junger Leute.

Erscheinungstermin ist der 25. September. Schreiben oder mailen Sie uns.



www.fluter.de

Noch mehr fluter gibt es online:

fluter.de – das neue Jugendmagazin im Netz. Wöchentlich Kino-News, monatlich aktuelle Ereignisse aus Politik, Gesellschaft und Literatur – in Texten, Bildern und Videos.

Wir wollen wissen, was unsere User denken, deshalb neu auf fluter.de: Foren und Polls.

Seit Mai noch mehr Interaktivität mit Terminplaner, Newslettern und Chat-Events.

Unter www.fluter.de/mitreden/ gibt es ein Forum, in dem Leser mit anderen Lesern und der Online-Redaktion diskutieren können.

fluter Magazin der Bundeszentrale für politische Bildung, Ausgabe 03, Juni 2002

Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb), Berliner Freiheit 7, 53111 Bonn, Telefon: 01888515-0

Redaktion:
Dieter Golombek (verantwortlich), Bundeszentrale für politische Bildung, (dieter.golombek@bpb.de)
Dieter Gaarz (Koordination), media.team.gaarz, (gaarz@media-team-gaarz.de)

Redaktionsanschrift / Leserbriefe: fluter – Magazin der Bundeszentrale für politische Bildung / media.team.gaarz, Friedrich Ebert-Straße, 51429 Bergisch-Gladbach, Telefon 02204-843240, Fax: 02204-843245, E-Mail: info@media-team-gaarz.de

Redaktionelle Mitarbeit und Texte
Dr. Enno Bartels, Michael Bechtel, Norbert Blüm („Diesseits und jenseits der Politik“, Verlag Bouvier), Tarek Chafik, Annette von Czarnowski, Sandra Dassler, Berthold L. Flöper, Jan Keith, Mac Kasperek, Kathrin König, Thomas Luczak, Geert Meyenburg, Christoph Mulitze, Daniela Mutschler, Valentin Nann, Paul-Josef Raue, Herbert Riehl-Heyse (Süddeutsche Zeitung), Andreas Rietschel, Helmut Schmidt (Die Zeit), Ute Schröder, Anita Steinseifer, Alexandra von Streit, Volker Thomas, Dana Toschner, Antje Vollmer (Die Zeit), Annette Zellner (Süddeutsche Zeitung)

Titel: Vario-Press

Fotos und Illustrationen
Beck S.56-57, Christian Bierwagen S. 21, Bernd Blume S. 37, Caro Fotoagentur S. 47, S.49 (2), dpa S.11,44,56,57 (4), Christiane Eisler S.35, German Initiative to Ban Landmindes S. 10, images.de S. 15,17,19 (3), Hand in Hand for Children e.V. S.12, Christoph Papsch S. 11,32,33 (3), Konstantin Sachariew S. 4-9 (9), Holger Scheibe S.10, Uwe Steinert S. 36, RTL S. 12, Dana Toschner S.38-41 (4),Vario Press S.1, Melanie Werlemann S. 22-29 (9), Peter Widmann S. 5, Armin Zedler S.13

Kooperation mit Jugendredaktionen
Cocktail / WAZ-Verlagsgruppe, Jups / Peiner Allgemeine Zeitung, Kölner Stadt-Anzeiger / Jugendbeilage Erftkreis, Quergestreift / Südthüringer Allgemeine, x-bay / Nordbayerischer Kurier

Gestaltung und Layout: Marc Tulke (mail@tulke-grafik.de)

Satz + Repro: Reprotechnik Mirgel+Schneider GmbH, Bonn

Druck: Tiefdruck Schwann-Bagel GmbH, Mönchengladbach

Vertrieb, Bestellungen und Abbestellungen: Universum Verlagsanstalt, Taunusstraße 54, 65183 Wiesbaden, Telefon: 0611-90 30-267 **Fax: 0611-90 30-277** oder **0611-90 30-281**

Redaktionsschluss: 24.5.2002

Papier: Dieses Magazin wurde auf umweltfreundlichem, chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt

ISSN 1433-2906

Bundeszentrale für politische Bildung info@bpb.de www.bpb.de

Online-Bestelladresse: www.fluter.de/abo

Absender:

Kundennummer (falls vorhanden)

Vorname / Name

Straße / Hausnummer

PLZ

Ort

E-Mail

Universum Verlagsanstalt
fluter-Leserservice
Postfach 300
65175 Wiesbaden

Bitte freimachen